

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfseitige Petitzeile oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 8.

Dienstag, den 10. Januar 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Sozialismus und Militarismus.

Wenn Bismarck noch gelebt, so würde er sich wahrscheinlich sehr als „Herkules seines Jahrhunderts“ fühlen ob der Weihrauchfänger, die vor ihm geschwungen werden. Denn in den Neujoahrsherabdruckungen der bürgerlichen Presse wird so stark wie noch selten der friedliche Charakter der gegenwärtigen allgemeinen Situation betont. Man entdeckt, daß der böse Onkel Eduard von England, dessen Riesen so viele alte Freundschaften erschüttert und so viele neue geschaffen haben sollen, eigentlich gar nicht so böse gewesen ist. Auch er hat das Gleichgewicht Europas, welchem Bismarck die richtige Grundlage gegeben haben soll, nicht erschüttern können. Diese Grundlage soll der Dreibund sein, welchen Bismarck der russisch-französischen Allianz gegenübergestellt hat. Inzwischen ist — so behauptet man — der Dreibund stärker, der Zweibund schwächer geworden und diesem Umstand schreibt man es zu, daß bei verschiedenen Streitfragen der jüngsten Zeit Verständigungen erreicht worden sind, die man früher kaum für möglich gehalten hätte.

Nun, soweit die allgemeine Situation eine friedliche geworden, wird sich darüber gewiß niemand mehr freuen als wir, und wir können nur wünschen, daß das Jahr, in das wir soeben eingetreten, keine Enttäuschung bringen möge. Aber wir können keinen Augenblick vergessen, daß unter ganzer Weltteil von Waffen start und daß fast alle Kulturstölzer von der schweren Rüstung, die auf ihnen lastet, niedergedrückt werden. Unser Zeitalter präsentiert sich auf seiner leuchtenden und zukunftsrohen Vorderseite als das Zeitalter des Sozialismus; auf der hinteren und abdrückenden Rückseite aber stellt es das Zeitalter des Militarismus dar. Und deshalb können wir es nur mit eigenartigen Empfindungen anhören, wenn so begeistert von der Befestigung des Weltfriedens gesprochen wird.

Wir sind der Überzeugung — und die spätere Geschichtsschreibung wird uns darin recht geben — daß große Kriege in Europa während der letzten Jahrzehnte nicht durch die Bismarcksche Staatskunst, sondern trotzdem vermieden worden sind. Das Unheil, welches durch die gewaltsame Annexion von Elsaß-Lothringen angerichtet wurde, hat in den letzten vierzig Jahren fortgewirkt und wirkt heute noch fort. Der Austausch internationaler Höflichkeiten unter den einzelnen Mächten kann darüber nicht täuschen.

Zunächst brachte der durch den deutsch-französischen Krieg geschaffene Zustand eine Steigerung der Rüstungen, wie man sie in der Weltgeschichte noch niemals gekannt hat. Nach der soeben veröffentlichten Berechnung eines französischen Statistikers hat Europa in der Zeit von 1883 bis 1908 ungefähr 14 500 Millionen Franken für Rüstungen im Frieden ausgegeben; die Ausgaben für die Kriege — russisch-türkischer, südafrikanischer, russisch-japanischer Krieg usw. — stehen auf einem besonderen Blatt. Von allen europäischen Staaten hat Deutschland, das keinen größeren Krieg zu führen hatte, die stärkste Steigerung seiner militärischen Ausgaben aufzuweisen; sie stiegen seit 1883 um 195 Prozent.

Bismarck glaubte diese Ausgaben sehr einfach zu rechtfertigen. Er führte aus, die Kosten des bewaffneten Friedens seien die Ver sicherungsprämie, die man für den Frieden bezahle. Dabei darf man nicht vergessen, wie sich die herrschenden Klassen von der Zahlung dieser Prämie zu drücken versuchen. Und was ist das für eine Staatskunst, welche diese „Prämie“ so stark auswachsen läßt, daß für Kulturausgaben fast kein Geld mehr übrig bleibt, daß der Mittelstand, der kleine Mann und der Proletarier vor lauter öffentlichen Lasten gar nicht mehr aufzutreten kann, daß die Finanzen in eine unheilbare Verwirrung geraten, daß das Defizit chronisch wird und daß man auf die teuersten Steuerprojekte verfällt!

Diese Bismarcksche „Friedensprämie“ hätte uns vor einem Krieg um so weniger bemahnen können, als durch die Bismarcksche Politik jene Kasse ans Ruder gekommen ist, die sich durch ihr Auftreten überhaupt schon, besonders aber durch ihre Wirtschaftspolitik mit der ganzen Welt verfeindet hat. Später, nach Bismarcks Zeiten, kam noch die Flottenschwärme hinzu, die in ihrer höchsten Übertriebung der Phantasie großprologiger Handelsherren entsprang. Diese wähnten England seine Seeherrschaft entziehen zu können, erreichten aber nur, daß England, das bisher als stilles Mitglied des Dreibundes gegolten, nun mit einemmal auf die Seite der Gegner Deutschlands trat.

Wenn es unter diesen Umständen zu keinem Kriege kam — und es sah mehr als einmal recht drohend aus

— so war es im vergessenen Jahrzehnt wesentlich der russisch-japanische Krieg, welcher Russlands kriegerische Macht zertrümmerte und damit für die nächste Zeit zur Verhinderung einer kriegerischen Politik Russlands in Europa beitrug. In weit höherem Grade tat dies die russische Revolution und sie tut es noch; denn sie schläft nur zurzeit und würde sofort erwachen, wenn das Zarenium sich in ein neues kriegerisches Abenteuer stürzen wollte. Die Schwäche des Zareniums hat auch weit mehr als die Stärke des Dreibundes seinerzeit einen serbisch-österreichischen Krieg verhindert, der wahrscheinlich zu einem europäischen Brand geworden wäre.

Die große Koalition der europäischen Mächte, die sich gegen Deutschland gebildet hat, läßt ihre Spitze nicht mehr so drohend sehen, wie früher, weil in wichtigen Fragen Verständigungen gelungen sind. Wäre ein Bismarck an der Spitze einer solchen Koalition gestanden, so wären die Dinge nicht so friedlich abgelaufen. Und während sich so viele über den momentanen stand der europäischen Angelegenheiten freuen, hört man oftmals das Knurren gewisser Sunker und Abenteurer, die den langen Frieden für „korrumpernd“ und „entwertend“ halten und im Verein mit hornisierten Professoren behaupten, die Welt müsse „in Spießbürgertum versinken“, wenn nicht bald wieder eine große Mezelei käme.

Dann darf man aber nicht vergessen, daß der energische Kampf für eine friedliche Politik und für Abrüstung, wie ihn die Sozialdemokratie geführt, nicht ohne Wirkung geblieben ist. Durch ihre Förderung der Bölkerverbrüderung hat die Sozialdemokratie für den wirklichen Bölkerverband unendlich mehr gelan, als einem Klassen- und Militästaat, jemals möglich ist. Sie hat auch erkannt, daß ein dauernder Friede nur durch die Befreiung der Klassenherrschaft ermöglicht werden kann.

Schließlich ist es auch die Furcht vor den Folgen eines allgemeinen Krieges, welche die kriegerischen Mächte im Baum halten hilft. Wenn die Abrüstungsdeepe heute bei den Regierungen mehr Beachtung findet, als früher, so hängt dies damit zusammen. Aber wie sträubt sich das militärische Deutschland dagegen!

Die vereinfachte Abschaffung des Krieges wird das Werk des arbeitenden Volkes sein, wenn dieses die erforderliche Macht erlangt haben wird. Es kann dies noch sehr lange dauern, aber einmal wird es doch dahin kommen.

Die russische Parteipresse über die Belebung der revolutionären Bewegung in Russland.

Unsere russischen Genossen sind zurzeit leider der Möglichkeit beraubt, durch eine eigene Presse zu den Massen zu sprechen, da die brutalen Polizeiverfolgungen die legale sozialdemokratische Presse vollkommen vernichtet haben. Die im Auslande ercheinenden Parteiblätter können nur mit Verzögerung und unregelmäßig auf die Vorgänge in Russland reagieren. Um so interessanter ist es, aus den Äußerungen der verschiedenen Fraktionsorgane festzustellen, wie sie sich zu den jüngsten Ereignissen in Russland stellen und welche Tragweite sie ihnen in der revolutionären Entwicklung des Landes zuschreiben.

„Die in einer Reihe von Städten stattgefundenen politischen Manifestationen — schrieb Gen. L. Martoff nach den Tolstoi-Demonstrationen im menschewistischen „Golos Sozialdemokratii“ — sind von dieser syimpotatischer Bedeutung. Sie legen selbstverständlich kein Zeugnis ab, daß die Massen schon bereit sind, den unterbrochenen Freiheitskampf wieder aufzunehmen und systematisch fortzuführen, daß sie bereit sind, jeden Vorwand zu benutzen, um diesen Kampf zu erneuern. Aber die Manifestationen und die Haltung der Arbeiter ihnen gegenüber legen unzweifelhaft Zeugnis davon ab, daß die Massen instinktiv jeden Moment herausfinden, wo die konterrevolutionären Kräfte sich isoliert fühlen und in Unordnung geraten, und wo darum eine offene Aktion, selbst bei der schwachen Organisation der oppositionellen Kräfte, einen gewissen Erfolg haben kann.“ Zu derselben Zeit schrieb das Arbeiterblatt „Pravda“, das Organ des Genossen Trotski, folgendes: „Kaum hatte der Mann, der der triumphierenden Gegenrevolution sein unvergleichliches: Ich kann nicht schwiegen! entgegengeschleuderte, für immer die Augen geschlossen, als die revolutionäre Demokratie aus ihrem Schlaf zu erwachen begann, und die leichten Studenten-Kanons der ihre erste Laufe im Kampfe erhielt. In gleicher Zeit schaut sich aber die schwere Masse des Proletariats, die nicht so schnell in Bewegung gerät, an den Protest gegen die Todesstrafe in den ruhmvollen Lösungen der Revolution aufzulösen, die unbesiegbar sind wie die Wahrheit.“

Die Ereignisse, die sich seitdem abspielen, haben die Richtigkeit dieser Prognose bestätigt und die Situation verschärft. Die sogenannte bolschewistische „Arbeiterzeitung“ (Rabotnichaja Gazeta Nr. 2) schreibt darüber folgendes: „Wir sehen jetzt, nach drei Jahren der wilden Orgien der Gegenrevolution, daß die Bolsheviks massen, die mehr als alle bedrückt, vergeblich und durch alle möglichen Verfolgungen eingeschüchtert wurden, wieder den Kopf erheben und den Kampf beginnen. Drei Jahre Hinrichtungen, Verfolgungen, wildesten Exekutionen vernichteten Hunderttausende von den Feinden der Selbstherrschaft, während Hunderttausende in die Gefängnisse gesperrt, in die Verbannung geschickt und weitere Hunderttausende eingeflüchtet wurden. Aber die Millionen der Bevölkerung sind jetzt nicht mehr dieselben wie vor der Revolution. Diese Millionen haben noch nie während der russischen Geschichte einen so lehrreichen, anschaulichen Unterricht, einen so offenen Klosterkampf durchgemacht. Daß in diesen Millionen eine neue tiefe, dumpfe Gärung ausgebrochen ist, ist aus den Arbeiterstreiks des vergessenen Sommers und den jüngsten Demonstrationen ersichtlich. ... Die Periode der vollen Herrschaft der Reaktion ist zu Ende. Es beginnt die Periode eines neuen Aufschwungs. Das Proletariat, das sich — wenn auch in großen Abständen — von 1905 bis 1909 auf dem Rückzug befand, sammelt jetzt seine Kräfte und beginnt zum Angriff überzugehen. Die Belebung in einigen Industriebezirken führt sofort zu einer Belebung des proletarischen Kampfes. Das Proletariat hat das Werk begonnen. Die anderen bürgerlichen, demokratischen Klassen und Schichten der Bevölkerung legen es fort. Der Tod des gemäßigt-liberalen, der Demokratie fernstehenden Vorsitzenden der ersten Duma, Prof. Muromow, ruft den ersten schärfsten Versuch der Manifestationen hervor. Leo Tolstois Tod führt — zum ersten Male nach langer Unterbrechung — zu Strafen, auf denen meist Studenten, teilweise aber auch Arbeiter, teilnehmen. Die Arbeitsniederlegung in einer ganzen Reihe von Fabriken am Tage der Bestattung Tolstois erscheint als schärfster Beginn der Demonstrationsstreiks. In der letzten Zeit haben die Greuel der Zarenbüttel in den Gefängnissen, die unzureichende, wegen ihres heldenhafte Revolutionskampfes verfolgten Genossen auf der Katorga in Wologda und Serentui peinigt, die Gärung unter den Studenten noch mehr verstärkt. Überall im ganzen Reich finden Studentenversammlungen und Meetings statt, die Polizei dringt mit Gewalt in die Universitäten ein, prügelt und verhaftet die Studierenden, verfolgt die Zeitungen wegen des geringsten wahren Wortes über die Unruhen und verstärkt dadurch nur noch die allgemeine Gärung.“

Das Proletariat hat begonnen. Die demokratische Jugend setzt das Werk fort. Das russische Volk erwacht zu neuem Kampf und geht einer neuen Revolution entgegen.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

Kleinhandler und Warenhäuser.

Die konervative „Deutsche Montagszeitung“, die sich schon des öfteren als „Aufseiter“ betätigt hat, tritt lebhaft für die Warenhäuser und ihre weitere Entwicklung ein. Die Konkurrenz der Kleinhandler mit den Warenhäusern sei aussichtslos. Der Kleinkaufmann, wie er aus der deutschen Mittelstadt in die moderne Großstadt übernommen wurde, sei unzeitgemäß.

Die Entwicklung der Warenhäuser in den letzten zwei Jahrzehnten vom Krambazar zum Kaufpalast ist so überwältigend, daß man — ohne Phantast zu sein — daran denken muß, das Warenhaus auch als Zentralpunkt für große Kulturzwecke in einer nahen Zukunft schon in Anspruch nehmen zu können.

Ginem Warenhausbesitzer mit weitem Blick blicken sich heute bereits Gelegenheiten, sowohl der Allgemeinheit als auch seinem Privatinteresse auf Gebieten zu dienen, auf denen man die Möglichkeit eines Eingreifens der Warenhäuser noch vor wenigen Jahren als utopisch verachtete.

Solche Ausführungen werden dem Teil der kontraktiven Presse durchaus unbehaglich sein, der immer noch vorgibt, der Mittelstand habe nur einen Retter, Schützer und Förderer: die Kontraktiven!

Und was sagen hierzu unsere Lübecker Gegner der Warenhäuser?

Klerikaler Mahnunz zur Einigkeit.

In einer Betrachtung über die kommenden Reichstagswahlen äußert sich die „Königliche Volkszeitung“ nicht besonders aufrichtig über die Aussichten des Zentrums. Das klerikale Blatt mahnt und warnt:

Unseres Erachtens wird die Zentrumspartei dann gut abscheiden, wenn sie Einigkeit und Parteifreiheit zu erhalten weiß, weshalb mancher Sonderwunsch zulässtchen muß, um nicht der Parteiführung durch ungeheimes Drängen Verwirrung zu bringen. Der einzelne braucht die Parteileitung keineswegs für unschwer abzuhalten, aber er muss bedenken, daß seine Arme siegreich sein kann, wenn jeder Abteilung selbst auf eigene Faust operiert. Wer dem großen Ganzen dienen will, muß sich zuwenden bequemen, Sonderwünsche zu unterdrücken.

Der Kampf gegen den „verseuchten Westen“ und die Auseinandersetzungen zwischen Oppendorff und Spahn jr. scheinen doch das Zentrum mehr erschüttert zu haben, als man zugeben will. Dazu kommt nun noch die Besorgnis vor den Arbeitern, die gegen die schwarzblaue Steuerlast murren und sich hier und da gegen die bisherigen Zentrumsgögen auszulehnen beginnen. So wird die Beschwörung zur Einigkeit verständlich. Im allgemeinen wird sie auch Erfolg haben; die Zentrumswähler sind noch viel zu abhängig, als daß die sofort wieder an die Auferstehung der „Röntgenischen Volkszeitung“ geknüpften liberalen Hoffnungen auf den Verfall des Zentrumsturmes in Erfüllung gehen könnten.

Kriegsheze.

In der Scharsmacherpost sehnt sich „unser Mitarbeiter Silesius, ein Offizier von hohem Range“, nach einer „politischen Sonnenwende“. Die innere deutsche Politik erscheint ihm trübdunkel, den „äußersten Ließstand, den dunkelsten Tag.“ werde wohl erst „der nächste Reichstag mit seinen schwarzen Bannern“ bringen. Aber in der äußeren Politik sei die Bahn für eine aktive deutschnationale Politik frei: in dem neu bestätigten Dreibunde (!) und — in der erstickenden Türkei werde sie wenigstens bis zu einem gewissen Grade eine feste Stütze finden! Silesius fordert auf Grund solcher höchst zuverlässigen Stützen nichts weniger als eine „entschlossene Expansionspolitik“: der dominierende deutsche politische Einfluss und der Kolonialbesitz seien zu erweitern und die deutsche Machstellung auf dem europäischen Festlande und auf dem Weltmeere weiter zu sichern. Silesius meint, eine solche Politik sei keineswegs eine Kriegspolitik, sondern „nur“ eine solche, die entschlossen sei, ihren politischen Willen auch gegen feindliche Angriffe zu behaupten, wenn es darauf ankomme, auch mit den Waffen. Mit brüderlichem Schmerz erhebt Silesius den Vorwurf, in Deutschland glaube man, sofort die Rüstungen vernachlässigen zu können, weil keine akute Krise vorliege; so daß die Zeit der „politischen Sonnenwende“ noch fern sei, — in der die Geschäfte derer blühen, von denen sich die Heftpost aushalten läßt!!

Eine erschreckliche Majestätsbeleidigung wagen — die „Berliner Politischen Nachrichten“. Sie bestreiten nicht, daß es Landräte gibt, die den Anforderungen an sie nicht genügen. Es könnte nicht ausbleiben, daß bei der Auswahl in dem einen oder anderen Falle ein Mißgriff geschieht. Selbst die Regierung sündige in staatsunterwürflender Weise: „sie schreitet mit vollem Nachdruck ein, wo immer in der Ausführung des einen oder anderen sich dazu ein Anlaß bietet. Man werde es erleben, daß auch in dem einen, neuerlich viel in der Presse erörterten Falle seitens der Regierung in diesem Sinne Verfahren wird.“

Mers glaubt, wird selig werden. Malgau aber wird sich durch einen neuen Beleidigungsprozeß blutig rächen.

Ultramontaner Terrorismus.

Während des kurzen Ausstandes der oberbayerischen Kohlbergkate hat das im Streikgebiet erscheinende Zentrumssblatt, der „Miesbacher Anzeiger“, ziemlich objektiv über die dortigen Vorgänge berichtet. Das hat im Zentrumslager gewaltigen Zorn erregt, weil ja die christlichen Bergarbeiter von ihrer Organisation zum Streikbruch kommandiert worden waren. Dem „Miesbacher Anzeiger“ aber wurde dieser Tage von einem Münchener Zentrumssblatt mit Repressalien gedroht; es wurde ihm in Aussicht gestellt, daß man ihm ein Konkurrenzorgan vor die Nase legen werde. So ergeht es einem ultramontanen Blatt, das ausnahmsweise der Wahrheit die Ehre gibt. Der Erzbischof von München hat behauptet, die Zentrumspresse würde nicht lügen. Das oben angeführte Beispiel zeigt jedoch, daß in der Praxis geradezu Erschlagsversuche unternommen werden, um ein Zentrumssblatt zu verbündern, die Wahrheit zu lügen.

Mehr Spartäuerismus

Predigt die „Kreuzzeitung“ nicht etwa den Großgrundbesitzern, sondern den Betreibern. Sie veröffentlicht eine Zeitchrift aus der Weltkriegszeit, in der es heißt:

„Wenn ich mit den Veteranen sprach, so hörte ich zurück oft: „Wir müssen etwas kriegen, wie haben ja Deutschland erst gemacht und was in Hindenburg herumgeschlagen.“ Wenn ich Ihnen dann sagte: Möchten Sie wohl die Kriegsjahre in eurem Leben wissen? dann zogen sie ein langes Gesicht, und wenn ich ihnen sagte: Kinder, ihr seid doch fürchtbar reich geworden für das Leben, ihr habt was durchheraus, ihr könnt erzählen, dann leuchteten ihre Augen. Das Veteranengeld als Schuldigkeiten Ehrensaldo zu beschreiben, hat man ihnen beigebracht, sie lassen es sich gern gefallen, obwohl sie innerlich davon nicht überzeugt sind, sondern zugestehen, sie hätten nur ihre Wissheit getan, und später würden sie genau so getan haben.“ Es ist eine wahre Krankheit, die Sache, Rente zu bekommen. Die Solidaritätsgefegebung hat uns diese gezeigt.“

Wer das Gute hatte, 1870 mit dromen zu sein, schrieb nun Altersgedanken ab, sofort auf den Krieg, als ob in den 40 Jahren seit demselben die Gesundheit von ihnen fort in acht genommen sei. Aber wer 70 einen Schädel hatte oder mal Leibeskräften, der hat sich jegliches Rhythmus aus. Ich darf gestehen, wenn ich das den ältesten Soldaten sage, dann geschehen sie es lächelnd, aber dann Gedanken gibt es doch nicht. Spartäuerismus ist noch im Volk, aber die weichliche Art bewirkt nicht das auszutreiben. Spartäuerismus hat auch das Herz des Volkes. Ein böhmen härtet, Spartäuerismus die Polen ja.“

Der Sinn dieses zitierten Gedichts ist, so fürchtet mit Recht das „Viel-Lage“, doch nur, daß die Veteranen eigentlich gar keinen Christus verdient haben. „Was sie betrifft sehr, wenn sie hungrig sind!“, so meint es doch M. der Verfaßter. Wir würden vor dem agrarischen

„Spartäuerismus“ mehr Respekt haben, wenn der Großgrundbesitz damit selbst den Anfang mache und auf Gereidezölle, Grenzsperrre und Liebesgaben verzichte. Den Agrarern gegenüber könnte ein bisschen Härte und Strenge wirklich nichts schaden. Aber für alte Leute, die vor vierzig und mehr Jahren im vaterländischen Interesse ihre Knochen zu Markte getragen haben und heute nichts zu brechen und zu beißen haben, ist die spartanische Doktrin depoliert.

Wann sind die Reichstagswahlen?

Jeden Tag fast taucht eine neue Version auf über den Termin der kommenden Reichstagswahlen, und alle diese Meldungen werden natürlich als „aus authentischen Quellen“ stammend bezeichnet. Am Montag abend konnten die „Deutschen Nachrichten“ von „besonderer, gut unterrichteter Seite“ mitteilen, daß die Wahlen schon bald stattfinden, denn von den Arbeiten des alten Reichstages verspreche man sich nicht mehr das, was man bei Beginn der Herbsttagung von ihm erwartet habe. Das Blatt führt dann fort:

„Die Frage einer frühzeitigen Auflösung des Reichstages liegt daher für die Regierung nicht außerhalb der Berechnung. Nach Durchberatung des Reichsvertragswachstums-Gesetzes und nach Erledigung des Staats werde es aber erst möglich sein, die Frage des Termins der Wahlen definitiv zu lösen. Gewisse Vorbereitungen deuten hierauf hin, daß die Stimmliste im Bundesrat durchaus nicht gegen einen Sommertermin für die Neuwahlen zum Reichstage ist.“

Dagegen weiß die „Deutsche Tageszeitung“, die den Wahltermin den Wünschen der Agrarier angepaßt wissen möchte, daß an maßgebender Stelle der Spätherbst als Wahltermin in Aussicht genommen worden sei.

Schwerstes Geschätz.

Die „Deutsche Tageszeitung“ kann sich noch immer nicht beruhigen, daß die sozialdemokratische Demonstration in Mühlhausen i. E. nicht durch ungesetzliche Polizeiverbote gestört wurde. Es wäre doch so „einfach“ gewesen, das Vereinsgesetz als Knüppel anzuwenden. Die Anweisung der „Deutschen Tageszeitung“ an die Behörden lautet:

„Es handelt sich bei sozialdemokratischen Strafenzügen um weiter nichts, als um Massendemonstrationen gegen die bestehende Ordnung; solche Kundgebungen dürfen aber schon deshalb nicht gebuldet werden, weil sie sehr leicht unmittelbar die Ordnung gefährden können. (...) Und wenn auch die Sozialdemokratie zu vorsichtig ist, um nach manchen Erfahrungen sofort (...) zu ordnungswidrigen Aktionen zu schreiten, so wird doch durch eine derartige Nachgiebigkeit ihr Mut wie ihr Ansehen bei den Massen in einer Weise gestärkt, die ganz von selbst dahin führen muß, daß die Umsurpartei eines Tages die Massen, die sie mit staatlicher Genehmigung unter klingendem Spiel hat einexzerziert (...) dürfen, direkt wider die Ordnung dieses Staates zum Kampfe führt.“

Mit den „mächtigen“ Worten, derartige Strafenzüge seien ein Hohn auf die bestehende Staatsordnung, ihre Genehmigung eine Selbstverhöhnung der zum Schutz der Staatsordnung Berufenen, das System eines verderblichen Entgegenkommens gegen die Lodsleute des bürgerlichen Staates, dürfe nicht einreichen, schlägt die „Deutsche Tageszeitung“ ihre Entrüstungspistole, die durch ihre giftige Heze gegen die Sozialdemokratie den gelben Fleiß jedes hoffnungsvollen Liebertgardisten wecken wird.

Gegen das reichsländische „Geschent“.

Am Sonntag fanden in allen großen Städten und in zahlreichen kleineren Orten Elsass-Lothringens große Demonstrationsversammlungen gegen die Verfassungs- und Wahlrechtsentwürfe der Regierung statt.

In Straßburg sprach Genosse Reichstagsabgeordneter Böhme in der städtischen Markthalle vor über 3000 Personen. Andere 3000 fanden keinen Eintritt und bewegten sich in den angrenzenden Straßen. Die Kritik des Redners an den reaktionären Gesetzesvorlagen der Regierung fand stürmischen Beifall bei der Versammlung, die sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammenstellte. An die Versammlung schloß sich ein Demonstrationszug durch die Straßen der Stadt. Es beteiligten sich daran 5–6000 Personen. An der Spitze des Zuges ging eine Trompetenabteilung des Arbeitersingvereins, in der Mitte spielte der Arbeiter-Musikverein den Sozialistensong und Marschliedern aus der französischen Revolution. Die Beteiligung an der Kundgebung in Mühlhausen hat selbst die Optimisten in unseren Reihen überrascht: In der Sonntag um 11 Uhr abgehaltenen Versammlung nahmen, wie die an den beiden Eingängen gewölbte Kontrolle erwiesen hat, etwa 7000 Personen teil, und die Beteiligung am nachfolgenden Strafenzug war so stark, daß bei Beendigung der Demonstration auf der Überdeckung des Ill-Hochwasserkanals, wo die Arbeitermusik zum Zeichen der Auflösung noch einmal den Sozialismuspieler mehr als 20.000 Personen mitwirkten. In der Versammlung in der Markthalle, die durch 160 Arbeiterränger mit der „Internationale“ eröffnet wurde, sprachen die Genossen Reichstagsabgeordneter Emel und Bezirkstagsabgeordneter Wory und als Redner der bürgerlichen Demokratie, der praktische Arzt Dr. Elias, der das vorgelegte Alterspluralkwahlrecht vom Standpunkt der ärztlichen Wissenschaft aus als gemeinschaftlich verurteilte. Die Forderung der republikanischen Staatsform wurde von ihm in Übereinstimmung mit den sozialdemokratischen Rednern stark betont.

In Lüttich, wo die Versammlung auf freiem Platz stattfand, beteiligten sich 800 Personen, für das kleine Kreisstädtchen eine überaus hohe Zahl.

In Colmar sprach Genosse Peirots auf dem Rathausplatz unter freiem Himmel vor 3–4000 Personen, die zum großen Teil aus den umliegenden Dörfern herbeigeströmt waren. An dem Zug, der sich der Versammlung anschloß, beteiligten sich etwa 1000 Personen.

In Metz fand eine überfüllte Versammlung in der großen städtischen Turnhalle statt, in der Genosse Dr. Weill referierte.

Außerdem fanden überaus gute Versammlungen in einer Reihe von kleineren Städten, so in Saargemünd, Hatt, Schiltigheim, Metz-en-Bassigny. Fast einmütig wurde in allen Versammlungen die Resolution

angenommen, die mit großer Entschiedenheit gegen die Verfassungs- und Wahlrechtsentwürfe der Regierung protestiert.

Kuppelei.

Nach einer Meldung der „Deutschen Montagszeitung“ sollen führende Zentrumspolitiker in Köln erklärt haben, das Zentrum werde bei den Reichstagswahlen ein Zusammengehen mit den rechtsstehenden Nationalliberalen nicht ablehnen, wenn von dieser Seite Gegenleistungen gewährt würden. Dagegen wolle das Zentrum einen unerbittlichen Kampf gegen Fortschritt, Jungliberalen und Sozialdemokraten führen.

Österreich-Ungarn.

Ein Landtagswahltag in Steiermark. Donnerstag fand in dem zweiten Wahlkreis der Arbeiterkurie des steirischen Landtages die Erwahlung für das durch den Rücktritt des Genossen Sodlauer erledigte Mandat statt. Das vorigemal hatten die Sozialdemokraten mit 4154 gegen 3055 gegnerische Stimmen, die sich auf einen christlich-sozialen und einen deutschnationalen Kandidaten aufteilten, gewählt. Die Deutschnationalen machten sich diesmal Hoffnung auf das Mandat, da die Christlichsozialen beschlossen hatten, den deutschnationalen Kandidaten zu unterstützen. Unser Kandidat war der Eisenbahner Genosse Michael Kollegger. Die Wahlbeteiligung war diesmal auf beiden Seiten geringer. Während das vorigemal mehr als 7000 gültige Stimmen abgegeben worden waren, wurden heute nur wenig mehr als 5000 Stimmen abgegeben. Trotz aller Machinationen der Deutschnationalen siegten die Sozialdemokraten diesmal mit Zweidrittelmehrheit. Genosse Kollegger erhielt 3334, der deutschationale Mischmaschkandidat Burgstaller 1780 Stimmen.

Der Kampf um die Gewerbesteuer.

Seit langen Jahren beschäftigen sich die gesetzgebenden Kreise Lübeck's mit der Einführung einer Gewerbesteuer. Endlose Beratungen und Vorarbeiten haben stattgefunden; Entwürfe wurden ausgearbeitet und schließlich wieder verworfen, bis nunmehr wahrscheinlich durch einen faulen Kompromiß die Frage zum Abschluß gebracht wird. Zum Schaden der erwerbsfähigen Volkschichten. Noch vor wenigen Wochen schien es, als wenn die Gewerbesteuer in der Bürgerschaft ein stilles Grab finden würde, nachdem der Bürgerausschuss die Senatsvorlage abgelehnt hatte. Aber es schien nur so; denn in Wirklichkeit begannen nun die Freunde und angeblichen Gegner der Gewerbesteuer sich in geheimen Konventikeln zu vereinen und zu paaren, was die Geburt des gestern im Mittelpunkt der Bürgerhaftsberatungen stehenden Kompromißwechselbalges zur Folge hatte.

Dieser Kompromißantrag enthält fast alle Ungerechtigkeiten und Härten der Senatsvorlage. Nur will er die Abwendungsfähigkeit der Schuldenzinsen zulassen und die Gewerbesteuer erst von einem Ertrag von 3000 Mk. an erheben. Aber die Warenhaussteuer besagt der Kompromiß in leicht erkennbarer Absicht nichts. Die Sache liegt nämlich so, daß man dem Senat zu einem Wert hinzugebracht hat; eine, welche für die Gewerbesteuer in Form des Kompromisses stimmt und eine andere, welche die Warenhaussteuer bezieht. Deshalb können die Väter des Kompromisses sich auch so schön als Gegner der Warenhaussteuer ausspielen, weil sie ganz genau wissen, daß diese Steuer doch angenommen wird.

Die gestrige Beratung der Gewerbesteuervorlage begann vor vollem Hause und dicht besetzten Tribünen. Zur Berichtigung des Senatsantrages war außer dem Vorsitzenden der Steuerbehörde, Senator Dr. Vermeren, auch der Bürgermeister Schenckburg in eigener Person erschienen. Ihnen gefielten sich aus der Mitte der Bürgerschaft im Laufe der Erörterung dann noch eine ganze Anzahl freiwilliger Senatskommissare zu. Eingeleitet wurde die Debatte durch einen der Kompromißväter, Herrn Boje, der noch bis vor kurzem einer der müttigsten Gegner der Gewerbesteuer, und dem jetzt plötzlich bei den Luscheleien der Steuerfreunde die Erleuchtung gekommen ist. Als weitere Umstankandidaten meldeten sich die Herren Stender, v. Schack, Colemann, H. H. H. und Buchwald zur Stelle. Was sie zur Begründung ihres so eigenartigen Geschwingswechsels anführten, war so nichtssagend, daß man ihre Ausführungen nur als probeungswürdiges Verlegenheitsgetümmele ansehen kann, durch das sie die Öffentlichkeit zu täuschen hoffen. Die eigenartigste Rolle bei der ganzen Sache spielt jedoch Senator Dr. Fehlings Emmanuel, auf den die Väter hoffend waren. Dieser an ungeheuerlicher Selbstüberhebung leidende Erzberger der Lübecker Bürgerschaft hat noch vor einem Jahre, in einem Vortrage ausgeführt, daß die Gewerbesteuer Harten und Unbilligkeiten enthalte, daß es verkehrt sei, Rücksicht auf die Rentner zu nehmen, und das es gelte, mit aller Einsiedenheit gegen die in ihrem Ausbau ungerechte, in ihrer Wirkung der Allgemeinheit schädliche Gewerbeevervorlage Stellung zu nehmen. Und er schloß mit dem Verlangen, daß wir uns gegen ungeheure und unfruchtbare Geheimschäfte einsetzen. Diese selbe liberale Rechtsanwalt Fehling ist heute der wärmste Befürworter und geistige Urheber des Kompromisses, durch das er alle seine Phrasen vom 14. Januar 1910 verleugnet und sein wahres Gesicht zeigt. Um diese von großer Handlungsfähigkeit zeugende Rechtschwankung nach außen hin in einem günstigen Lichte erscheinen zu lassen, verbaut er sie mit Angriffen auf die Sozialdemokraten, deren letztes Flugblatt über die Gewerbesteuer es ihm besonders angefallen hat. Weil das Flugblatt sich gegen die Gewerbesteuer in der Senatsfassung wendet, die der Bürgerausschuss doch abgelehnt hatte, soll es nach Emanuel Fehling, an Berichtigungen Unglaubliches leisten. Dabei entspricht jedes Wort des Flugblattes den Tatsachen, wie unser Genosse Schlömer noch am Schlusse besonders feststellte. Wenn irgendwo Verdrehungen zu konstatieren sind, so waren solche in der Rede des Rechts-

anwalt Fehling, der eine überfüllte Versammlung in der großen städtischen Turnhalle statt, in der Genosse Dr. Weill referierte. Außerdem fanden überaus gute Versammlungen in einer Reihe von kleineren Städten, so in Saargemünd, Hatt, Schiltigheim, Metz-en-Bassigny. Fast einmütig wurde in allen Versammlungen die Resolution

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 8.

Dienstag, den 10. Januar 1911.

18. Jahrg.

Veranstaltung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 9. Januar 1911.

Der Vorsitzende Dümpler eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 15 Min.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung der baldige zur Aufteilung gelangenden Vorlage des Senates, betreffend den Erlass eines Gewerbesteuergesetzes und eines Maßregelungsgesetzes zu dem Gesetz vom 3. Oktober 1906, betreffend die Erhebung einer Gewerbesteuer von dem Betriebe der Gastronomie und Schankwirtschaft, sowie des Kleinhandels mit Branntwein über Spiritus.

Zu der Vorlage sind verschiedene Eingaben eingegangen, die sich in den Händen der Bürgerschaftsmitglieder befinden.

Die Vorlage geht in längeren Ausführungen auf die Vorgeschichte der Vorlage ein. Die Kommission habe sich daran gemacht, eine Steuer zu schaffen, die Handel und Industrie gerecht werde; im Bürgerausschuss sei sie aber abgelehnt worden. Man wolle die kleinen Einkommen schonen; hauptsächlich habe es sich um die Skala und den Abzug der Schuldenzinsen gehandelt. In der Bürgerschaft hätten sich vier Meinungen gebildet, von denen keine Austritt gehabt hätte, angenommen zu werden. Deshalb hätten sich verschiedene Herren zusammengetan, um ein Kompromiß zu schaffen. Denn der Senat habe klipp und klar erklärt, ohne ein Sondergesetz den Verpflichtungen nicht nachkommen zu können. In einer Handelsstadt könne man nicht umhin, die Schuldenzinsen fallen zu lassen. Auf dieserlei Art könne man Handel und Gewerbe nicht beladen. Komme man heute nicht zum Beischluß, ziehe sich die Angelegenheit zu lange hinaus. Praktische Wahrheit könne man nur treiben, wenn man dem Kompromiß zustimme. — Das Kompromiß hat folgenden Wortlaut:

1. Die Biffer I des § 8 erhält — entsprechend dem Beschluss des Bürgerausschusses — folgende Fassung: 1. Zinsen für das dem Steuerpflichtigen selbst gehörende Anlagen- und Betriebskapital. Dagegen sind Schuldenzinsen abzugängig.

2. § 7 Absatz 8 erhält folgende Fassung:

Von Betrieben, deren jährlicher Ertrag mehr als 8000 Mk., aber nicht mehr als 40000 Mk. betr., wird 0,65 v.H.
 4000 " " 5000 " " 0,80 "
 5000 " " 6000 " " 0,90 "
 6000 " " 8000 " " 1,00 "
 8000 " " 10000 " " 1,10 "
 10000 " " 15000 " " 1,20 "
 15000 " " 20000 " " 1,30 "
 20000 " " 25000 " " 1,40 "
 25000 " " 30000 " " 1,50 "
 30000 " " 40000 " " 1,60 "
 40000 " " 50000 " " 1,70 "
 50000 " " 60000 " " 1,80 "
 60000 " " 80000 " " 1,90 "
 80000 " " 100000 " " 2,00 "

dieses Ertrages als Steuer erhoben. Ein angefangenes Hundert wird für voll gerechnet.

3. Zu § 7 wird der Zusatz:

Die Steuer wird ferner auf Antrag von dem Betriebe nicht erhoben, wenn der Ertrag in der nach § 15 des Gesetzes maßgebenden Zeit eine Verzinsung des ausgleichenden Anlagen- und Betriebskapitals mit einem Zinsfuß von 4 Prozent für das Jahr nicht erreicht hat.

Bürgermeister Schauburg vertritt den Senatsstandpunkt und bezeichnet das Gesetz als eines der wichtigsten. Die Bedürfnisse des Staates dürften nicht allein auf die Einkommenssteuer gelegt werden. Eine Erhöhung dieser Steuer werde mit der Zeit sowieso kommen. Die Ansprüche der Beamtengehälter haben sich durch die Bürgerschafts-

beschlüsse um nahezu 100 000 Mk. gegen die ursprüngliche Vorlage erhöht. Der Senat hat in den Beratungen weitgehendes Entgegenkommen gezeigt. Das Kompromiß der Bürgerschaft beruht auf Schätzung, es ist möglich, daß die Summe, die wir gebrauchen, durch dieses nicht aufgebracht wird.

Senator Dr. Vermehren: Die neue Steuerquelle muß dort eröffnet werden, wo die größten Vorteile liegen durch die Aufwendungen, die der Staat im Laufe der Zeit für Handel und Gewerbe gemacht hat. Der Senat hat die Wege beschritten, die alle anderen Staaten vorher betreten haben. Die objektive Gewerbesteuer kommt den Bedürfnissen am nächsten, sie entwirkt auch den Ergebnissen der Wissenschaft. Mit einer Objektsteuer ist grundsätzlich der Abzug der Schulden und Schuldenzinsen unvereinbar. Redner zieht hierfür verschiedene Staaten an, die den gleichen Grundsatz anerkannt haben. Bei der Grundsteuer sei die Abwasserschäfte der Schuldenzinsen auch nicht festgelegt. Wir hätten in Lübeck keinen Anlaß, bei der Gewerbesteuer anders zu verfahren. Bei den kleinen und mittleren Gewerbetreibenden komme der Abzug kaum in Betracht. In der Bürgerschaft sei eben Vorliebe für die Gewerbesteuer, diese würde jedoch nicht angebracht sein. Der Senat hat sich auch einverstanden erklärt mit der indirekten Besteuerung der Angestellten. Wird der Schuldenzinsabzug gefordert, so wird ein Moment hineingetragen, das in die Steuer nicht hineingehört. Ob Lübeck durch ein derartiges Gesetz sich einen großen Ruhm schaffen würde, sei eine Frage. Der Abzug der Zinsen reize zu Maßnahmen, die den Ertrag der Steuer einschränke. Die vorgelegte Skala ist rechnerisch wohl richtig; er bitte aber, dem Senatsantrag zu folgen.

Hilnsohn: Bei allen Vorlagen hat sich herausgestellt, daß dieseljenigen, die zahlen sollen, dies nicht gerne tun. Die Handwerker können aber doch nicht einschreien, daß sie hier besonderes Interesse bekunden sollen. Die Ausgaben der Handwerker sind auch größer geworden durch die Löhne usw. Es soll immer billig liefern, die Konkurrenz sorge schon von selbst dafür, daß ihm die Bäume nicht in den Himmel wachsen. 3000 Mk. Einkommen eines Handwerkers entsprechen höchstens 2400 Mk. Einkommen eines fest angestellten Beamten, für den im Alter gesorgt sei. Das Handwerk stimme trotzdem für die Vorlage. Das Kompromiß sei zu begrüßen.

Stender tritt für das Kompromiß ein, weil das Groß der Gewerbetreibenden nicht offen werde; die meisten Handwerker verdienen keine 8000 Mk. Er fragt an, ob die Hypothekenzinsen als Schuldenzinsen gelten; erinnere seien bei Bauunternehmern nichts anderes als Geschäftsschulden.

Senator Dr. Vermehren gibt Stender eine beruhigende Erklärung in bezug auf die Bauunternehmer. Ein diesbezüglicher Zusatz sei in der Vorlage enthalten.

Dr. Scholz: Es handelt sich hier nicht um die Frage, ob Gewerbe- oder Erwerbsteuer, sondern nach zehnjährigem Kampf und Krieg um ein Zusammenstreiten der Bürgerschaftsmehrheit vor dem Senat. Die tapferen Helden haben die Schwerter eingesteckt und sind bereit, dem Senat zuzustimmen. Vieher ist zähes Ausharren und Tapferkeit meistens eine Tugend der Bürgerschaft gewesen, auch hier nicht. In der Gewerbesteuer wurde etwas herumgedreht, die höheren Privatangestellten hineingezogen, vor allem aber wurden die lieben Rentner und Pensionäre geschont. Die Bevölkerung bezahlt ja die Kosten. Wenn man die verschiedenen Berichte in den Zeitungen durchliest und die heutigen Ausführungen des Senats durchdenkt, dann sieht der kritische Beobachter, wie außerordentlich viel in Reden und Schriften mit dem Begriff Wissenschaft operiert wird. Es kommen da viele gelehrte Zitate vor. Wer sich aber mit Nationalökonomie beschäftigt hat, der wird wissen, daß, wenn einmal das Wort zurifft, es gibt keine vorausichtungslose Wissenschaft, dies Wort hier seine Berechtigung hat. Die Nationalökonomie rechnet mit wirtschaftlichen Tatsachen und ändert ihre Auffassung mit den wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Nationalökonomie

sprechen so, wie die Klassen es fordern, denen sie selbst angehören. Daher kommt es, daß die heutige Steuerlehre der Herren Professoren damit übereinstimmt, was den Fortschritten der bürgerlichen Klasse entspricht; die Lasten auf die schwächeren Schultern abzuwälzen. Es ist ein Vorauslang auf die heutigen Steuersysteme erhoben worden; der soll auch in Lübeck angewendet werden.

Dr. Vermehren: Es hat aber einen bitteren Beigefügt. Sobald Interessen in Frage kommen, wird von den Betroffenen auf die ganze Wissenschaft gepfiffen. Der Konsumverein ist keine Gewerbegeellschaft; weil Sie aber Gegner des Konsumvereins sind, werfen Sie Ihre Wissenschaft ab und erklären, der Konsumverein wirkt einen Ertrag ab, er muß also höher besteuert werden als andere Gesellschaften. Mit Ihnen wissenschaftlichen Ausführungen können Sie uns nicht im mindesten umstimmen. Der Begriff der Interessenten für die Ausgaben des Staates läßt sich nicht abgrenzen. Die Abneigung der bestehenden Kreise gegenüber dem Steuerzahlen hat sehr viel dazu beigetragen und die Schwierigkeit vermehrt, die Abwendung des Interessentenkreises vorzunehmen. Der wohlhabende Teil unserer Bevölkerung hat einen Interesse gehabt, durch den Kompromißantrag nicht ergriffen zu werden, vor allem die Rentner und Beamten. Aber gerade die Rentner haben den Vorteil von den Ausgaben, die wir gemacht haben. Was wäre Lübeck ohne die Ausgaben: ein kleines Landstädtchen in der Nähe von Hamburg. Dank dieser Ausgaben ist es anders geworden. Wir sind zur Großstadt geworden, ohne die Nachteile einer solchen zu besitzen; auch eine reiche Stadt sind wir geworden. Seit 1882 ist das versteuerbare Einkommen von 20 auf 71 Millionen Mark angewachsen. Diese unzureichenden Ausgaben machten es möglich, daß Lübeck ein Ort geworden ist, in dem sich die Leute gern niederlassen, die ein Geschäft betreiben oder sich zur Ruhe setzen wollen. Ein Teil der Ausgaben, die wir zu verzinsen haben, sind für Bedürfnisse des Handels und des Gewerbes gemacht. Jede größere Stadt hat ein Krankenhaus, und sei es auch nur errichtet, um die benötigten Klassen vor Ansteckung zu schützen. Die Vorsteile der Gasanstalt, der elektrischen Anlagen sind zum größten Teil für die Klassen errichtet, die jetzt durch die Erhöhung ausgeschlossen werden müssen; Theater, Konzerte, höhere Schulen, nicht zuletzt das teure Seebad Travemünde sind von Vorteil für die Besiedelung. Das Theater kostet allein zwei Millionen Mark, für den Musikverein werden 80000 Mark ausgegeben. Drei höhere Schulen haben eine Million gekostet und erfordern eine jährliche Ausgabe von 350 000 Mk. Auch Handel und Gewerbe ist indirekt mit eingeschlossen. Der Kanal wurde gebaut und schöne Anlagen geschaffen. Die neue Bahnhofsanlage hat uns den großen Eisenbahnmag angelassen um Freunde heranzuführen. Die Ausgaben für die elektrischen Bahnen sollten den Anschluß an die Industrieprovinz bewirken, aber die Bahn soll zunächst nach dem Villenviertel vor dem Mühlentor aufgebaut werden. Die Landwirte sollten jetzt steuerfrei sein, die in der Nähe der Stadt wohnen, die dadurch größere Abnahmefähigkeiten nach der Stadt haben und nach weiter entlegenen Orten. Auch die Beamten müßten eigentlich zahlen; sie haben zum Defizit mit beigetragen. Sie sollten bedenken, daß nur ein Staat, der so viel Ausgaben gemacht hat um einzukommen, so zahlreiche gutbesoldete Beamte anstellen kann. Die verhältniswerten Schöpfer des Senats und der Bürgerschaft, die Rentner und Pensionäre, ziehen fort, wenn wir die Einkommenssteuer erhöhen, so wird uns entgegengeworfen. Wir haben aber doch im laufenden Jahr eine 20prozentige Erhöhung gehabt und sie sind doch nicht weggegangen. Lübecks Abgang an Bevölkerung war nur durch die Arbeitslosigkeit der Arbeiter bedingt. Jeder Rentner zieht nach der Stadt, wo günstige Steuerverhältnisse vorhanden sind, heißt es weiter. Die meisten Rentner sind Leute, die in kleinen Landstädtchen und in Mecklenburg gelebt haben die zu Lübeck Beziehungen gehabt haben und denen Lübeck als Wohnort passend erscheint; wegen ein paar Mark Steuererhöhung ziehen sie nicht weg.

Burg Plümmeran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(35. Fortsetzung.)

Einen Teufel? Ich habe den Exorzismus ja bei jeder Taufe.

Das ist nichts. Was man alle Tage sieht und hört, erscheint nicht wunderbar. Dass die Sonne auf und untergeht das ist für uns natürlich, und wir sehen nicht einmal hin. Aber um einen Kometen zu sehen, laufen wir in Frost und Sturm hinaus und schwatzen nachher noch Monate lang davon. Einem Besessenen müssen wir haben, und aus diesem den Satanas treiben; das würde mehr den Nachen räumen als alle Predigt zeugt. Meilen in der Runde. — Hat es in Detmer Gemeinde keine Schmerzkrank?

Ein altes Weib liegt seit Wochen am Nervenfeuer darnieder. Sie war immer eine verstockte Heide und ich benötigte deshalb die von Gott über sie verhängte Bestrafung in einem Besuch. Ihr versteinert Herz zu erweichen. Schon zeigte sich eine wohlältige Erregung und ich hoffte Hoffnung, daß die Gnade zum Durchbruch kommen werde, da tot der Dorfschulze. — ein Judenchrist. Lieber Bruder, — den Ausspruch, daß meine Freunde aufhören würden, da sonst die Kranken in völligen Freiheit verfallen werden. Vergesellschaft erwiderte ich, daß ihr feiger Faulschwanz gerade recht dorthin getanzt wäre, auf sie einzutreten, und daß ich meine Besuche fortfegen müsse. Da drohte der Schächer mir, falls ich dies täte, die Sache in öffentlichen Blättern zu besprechen, und da es leider jetzt möglich ist, daß dies geschieht, so will ich, denn ich wollte das Argernis nicht größer werden lassen, als es ohnehin schon war. Doch habe ich durch den Einfluss, welchen ich auf das Gedulde, die Schwester meines Patrons, habe, es erlangt, daß der Judenchrist nicht mehr hier Dorfschulze ist, sondern ein anderer. — Sie aber liegt die Krante derartig darnieder, daß sie sterben — das heißt Gottes Worte, — ganz unzugänglich ist. Sie ist sehr stark; sie empfängt jetzt Strafe für alle Sünden. Doch ich will nicht richten — Richten nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werden. Matthäus sieben am ersten.

Gut Aussicht, daß die Alte durchkommen wird? fragte Sarah.

Der Doctor meint es. Sie phantasiert jetzt jedoch fortwährend sehr häufig.

Wer ist der neue Arzt?

Der Medizinalrat Schleicher.

Aus Rügen? — Bruder, der gehört auch unserem Bunde an. Morgen sondiere ich ihn, und Du sollst sehen die Sache macht sich nach Bunich. Ich habe schon Schwieriges in Szene gestellt, als solche Teufelskomödie in einem Abort wie hier. Das ist nur eine Lumperei.

Lieber Bruder, mögige und zügele doch Deine Zunge.

Bahl Narrenspassen! sagte Herr Sarraz, jetzt mein lieber Pastor, wollen wir keine Komödie spielen; heute abend ist es zu spät. Gib mir noch ein Glas Bier. Bruder, aber heif, und dann zu Bett. Ich bin ganz hundsförthlich müde von alle-diesem verdammten Herumlaufen. — Gute Nacht.

Bevor Herr Sarraz im kleinen wohl durchwärmten und äußerst gemütlichen Fremdenzimmer des Pastors sich ins weiche Federbett legte, lachte er einige Male laut und herzlich für sich hin. Ein verteuftes Wahnsinnes ist's, was ich mir da erwählt habe, sagte er, aber es stimmt zu meinem Gott, und ein weißer Mann läßt sich von Zeit und Glück treiben, wenn er selber sie nicht treiben kann. Der Olgz von Pfaffscheint nicht schlecht situiert zu sein, aber wenn ich ihn nicht wie eine Kuhjäze ausstrippen, so will ich nimmer meine Gebeine wieder in ein ordentliches Bett legen. Und Herr Sarraz stieg in die Federn, pugte das Licht aus und schlief den Schlaf der Gerechten bis zum hellen Morgen.

Zweites Kapitel.

Herr Sarraz war am folgenden Tage sehr tätig. Schon zeitig belichtete er mit dem Pastor die alte Stina, denn diese war die Kranke; später hatte er eine lange, geheime Konferenz mit dem Medizinalrat Schleicher. Was in dieser Konferenz eigentlich abgehandelt wurde, kann der Aufzeichner dieser wahrhaften Geschichte leider nicht berichten, denn die beiden Herren sprachen sehr leise. Nur soviel hörte er, daß der Herr Medizinalrat beim Abhören lagte: mein verdeckter Freund, ich bin immer für das Gerechte; immer für die strengste gelegliche Ordnung. Doch werde ich gern tun, was möglich ist, und ich zweifele nicht, daß wir die Erde erhaben. Richten Sie die beiden Herren Pastoren, den Herrn Pastor Kitt und den Herrn Pastor Blasius zu Bargentom, — ein lieber, frommer, gläubiger Mann, aber bestreiteter Verstandesdienst. Herr Pastor Blasius, mein lieber Herr Sarraz, — einen Besuch an die betreffende Stelle entenden. Wahr-

scheinlich wird dann die Behörde von mir, als dem behandelnden Arzte auch einen Bericht einfordern, und dann wird es sich wohl schon machen lassen, wie wir es wünschen.

Am Nachmittage fahren Herr Pastor Kitt und sein Gast zum Pastor Blasius, und am folgenden Morgen besuchte dieser mit Kitt und Sarraz zusammen die alte Stina, und da dieselbe stark phantasierte und ungerührte Früchte austrieb, auch das Fleisch widerlich verzerzte und den Körper angestinkt hin und her schnellte, ja selber in dem Pastor Kitt einen Teufel zu sehen vermeinte, auch nach des Pastors Wolf-Judentochter verlangte, so nahm der Herr Pastor Blasius die sehr überzeugung in sich auf, daß er hier in Plümmeran eine Begegnung vor sich habe, eine Bekennerei von der ehesten in der Wolle gefärbten Sorte, so besessen, wie nur je ein Gergesener Kind war.

Schon am Nachmittage verlautete es durch Plümmeran, daß die alte Stina ganz sicherlich den Teufel im Bauche habe. Am Abend erzählte Greten Weber den heimkehrenden Hofsängern, daß sie mit ihren eigenen Ohren gehört, wie furchtbart der Böse in der alten Stina Bauch herumrasaune, rumore, ächze und brülle. Mietens Wulf berichtete, daß als die Herren Pastoren zu der Kranken gekommen, der Teufel gerade mit dem Schwanz lustig auf der Bettdecke gewedelt, ihn jedoch sofort furchtsam einschlugen habe, als der fremde Herr Pastor ihn aus Gotteswort strenge und ernstlich bedroht habe. Häßlichen Lauten erzählte; sie habe bisher nur nichts sagen wollen und mögen, denn sie spreche Niemandem gern Böles nach, aber was wahr ist, das sei doch einmal wahr. Als sie ehestern abend, es sei schon dunkel geworden — von der Mühlenteich gekommen, da wäre ein Vogel, wie eine Krähe, aber doch ganz anders, immer direkt vor ihr hergeschlagen und habe sich immer nach ihr umgesehen, gleichsam, als ob er befürchte, daß sie auf ihn passe und auf ihn arbeite. Und der Vogel sei endlich auf der alten Stinas Bauch gelungen, und als sie die Stellen fanden, sich vom Baumstamm noch runzelte, so von ungetreuen umzuckten habe, da wäre das so gewesen, daß sage da ein Feuerkumpen auf dem Dach, und als sie genau zuschaut, da wäre das Feuer das Flug des Vogels gewesen, und sie habe erst ins Dach laufen wollen, damit der Küter die Sturms strohe ziehe, habe sich jedoch befunden und bedacht, daß es nicht gut von solchen Sachen zu sprechen sein sollte. Und das sei sicher, daß das der Vogel gewesen, der da als Krähe gepflogen und gesessen habe.

(Fortsetzung folgt)

Es gibt auch Landleute, die ihr Gut an die Stadt verkaufen haben, und dann nach hier zogen. Weiter sind es Rentner von großen Vermögen, die ihr Vermögen hier verdient haben auf Grund der guten Verhältnisse, die sie in Lübeck gefunden haben. Gerade diese Menschen sollen von der Gewerbesteuer verschont bleiben; das kann ich nicht für richtig halten. Es ist ferner eine ganze Masse von depositären Offizieren, die Töchter reicher Lübecker Kaufleute gehirnert haben und hier nun ein behagliches Leben führen. Ihr Geld ist also doch von Lübeck gekommen; andere wieder haben ihr Geld in höchsten Gründen angelegt, die im Werte gestiegen sind, und auch sie sollen frei bleiben. Das treibt einem die Galte der Empörung auf. (Schr. richtig! b. d. Soz.) Die Zehngroschenrentner, die wegziehen wollen, die suchen auch bei allen anderen Sachen zu sparen, die benutzen auch die Verlandgeschäfte und die Warenhäuser des Berliner Offiziersvereins und sind deshalb keine guten Kunden der höchsten Geschäftsmenschen. Wohin sollen sie übrigens ziehen? Zu vielen preußischen Städten würden sie sich schlechter stechen. Die Steuern dieser Städte sind auch erhöht worden. Mit unserm 20prozentigen Zuschlag können wir uns noch sehen lassen. Hamburg kommt für die Rentner nicht in Betracht; es sind dort verhältnismäßig wenig. Höchstens in den Vororten sind solche, und diese Vororte sind preußisch. Es kommt noch Schwerin in Frage; außer dem Theater und dem Großherzog gibt es dort aber nicht viel, was die Rentner dahin ziehen könnte. Ich bin hier der Ansicht wie Rechtsanwalt Fehling bei den Oberlehrern; mögen sie wegziehen, good by; an denen kann uns nicht viel gelegen sein, wenn wir dafür Fabriken mit einem großen Arbeiterstamm bekommen. Sie werden also erscheinen, daß es damit nichts ist, daß diese Herren kein Interesse an den wirtschaftlichen Ausgaben Lübecks gehabt haben. Das Prinzip der Gegenstellung muss anerkannt werden und dieses Prinzip ist nur in einer progressiven Einkommensteuer durchzuführen. Die Gewerbesteuer wird sicher die Ansiedlung neuer Industrie verhindern, das geben sie ja selbst zu; was für eine Bedeutung hätte sonst der Paragraph, der neu zu erreichende Geschäfte zwei Jahre von der Steuer verschonen will. Der Geschäftsmann wird die Steuer mit entlasten. Der Senat sagt ferner, daß Geschäfte unter 4 Proz. Ertrag die Steuer nicht zu bezahlen brauchen. Aber gerade dadurch werden sie abgeschreckt, wenn auch der Senat behauptet, die Unternehmer seien eine solche Steuer überall gewohnt. Solche Unternehmer, die so schlecht rechnen und nicht einschätzen können, daß sie durch eine Gewerbesteuer geschädigt werden, wollen wir garnicht haben; die machen doch bald Konkurrenz. Die Gewerbesteuer muss abgelehnt und die Einkommensteuer progressiv erhöht werden. Eine Belastung für das anfängliche Gewerbe ist die Steuer sicher, das haben die Herren heute selbst eingeräumt. Alles Herausreden, daß Einkommen unter 3000 Mk. frei bleiben, hilft dagegen nichts. Auch die mit 3000—6000 Mk. gehören zum Mittelstand und auch denen fällt es schwer, die Steuer zu bezahlen. Gerade diesen, die auf die Sozialdemokratie als Feinde des Mittelstandes schimpfen, können heraus erscheinen, wo die Freunde derselben sind. Es wird sicher verucht werden, die Steuer abzuwälzen. Wir Sozialdemokraten haben immer betont, daß viele Geschäfte die Steuer abwälzen können. Sie wird auf die Waren aufgeschlagen und der Arbeiter muss sie bezahlen. Es ist nur eine Phrasé, wenn Sie behaupten, der Arbeiter werde durch die Steuer nicht getroffen. Die Warensteuer schädigt den Arbeiter, der dort einkauft, noch einmal. Um unangenehmen wird eine Gründung der Arbeiterschaft, der Konsumverein, getroffen, und deshalb hat das Bürgerschaftskompromiß eine Mehrheit gefunden. Ich bin davon überzeugt, daß die Warenhaussteuer dazu dient, die Gewerbesteuer für die Detailisten schwachster zu machen. Ich habe das prophezeit und es ist jetzt auch der Fall. Der Bissen, der den Detailisten geboten wird, ist ein Stück Fleisch aus dem Rücken der Arbeiterschaft. Darauf will ich Sie schmägen und betonen, daß sich die Herren links und rechts gefunden haben, dieses Werk zu vollenden. Wir lehnen die Gewerbesteuer rückwärts ab. Trotz der Ablehnung werden wir uns an der Einzelberatung beteiligen, um zu retten, was zu retten ist, damit diejenigen Kreise, welche die Lasten tragen können, mit in das Gesetz hineinkommen. Wir rüsten uns danach, ob die einzelnen leistungsfähig sind und richten unsere Abstimmung dementsprechend ein. Dafür wollen wir ferner sorgen, daß die Beamten mit in das Gesetz eingesogen werden. In der Filialsteuer liegt allerdings ein berechtigter Kritik. Denn die Filialen verstehen es vielfach, sich der Steuer zu entziehen. Es ist aber verschlief, die Filialsteuer mit der Vorlage zu verknüpfen. Zum Schluß behandelt der Redner die Frage der Schuldenlasten und hebt noch einmal die schwere Belastung durch das Gesetz hervor, das die Heranziehung neuer Industriezweige verhindert. Ein Teil werde die Steuer auf den schwächeren Teil der Bevölkerung abwälzen, wie es mit der Warenhaussteuer geschehen werde. Der primitivsten Leistung und Gegenleistung vorangestellt werden müsse die Gerechtigkeit; deshalb sei jede Sonderbesteuerung zu verwerfen und nur eine höhere Besteuerung durch eine progressive Einkommensteuer am Platze. (Schwaches Bravo! bei den Soz.)

Hechting kommt auf ein Flugblatt des Sozialdemokratischen Vereins zu sprechen und behauptet, daß darin an Verdrehungen und Verbelebungen das Unglaubliche geleistet worden sei. Dr. Schloemer verbündet mir manche gute Auslegungen in der Bürgerschaft, aber heute habe er diese auf ein ungutes Niveau gehoben. Herr Dr. Schloemer erlaube sich der Bürgerschaft gegenüber unverhüllte Behauptungen. Ein großer Teil, 88 Prozent aller Steuerpflichtiger bleibe doch vom Gesetz verschont. Damit verlege man doch nicht die Interessen der großen Masse. (Stellung: doch, durch indirekte Steuern.) Dr. Schloemer wünscht den Zusatz der erhöhten Steuern beizuhalten, da sich die Sozialdemokratien bei ihm bedanken. Einen solchen erhöhten Zuschlag wollen wir aber auch vor den Großbetrieben. Kein Großaufmann hat sich gegen den Zuschlag erhoben, da kann man doch nicht von Einsicht in den Großen reden. Das heißt eben nicht den kleinen oder nicht können. Die Steuervorlage schont den Arbeiter mehr als die Vorfallsteuer der Linken. Die zu Wohlwollen gesetzte Red. Dr. Schloemer ist nicht glücklich. Wenn das Gewerbesteuerprinzip nach der Senatsvorlage gezeigt würde, könnte ich dem nicht beitreten; deshalb sollte der Senat freilich Einzelgelehrten zeigen, daß ein Gelegentlichkeit kommt, das war den Konservativen bestrebt. Der Senat kann dem Kompromißvorschlag wohl zu stimmen. Die Wettbewerbsfähigkeit kann wahrgenommen. Durch Heranziehen der Lübecker Bürgerschaft wurde der Ertrag bedeutend mehr erzielt. Gerechtigkeit wäre es, den Interessenkreis weiter zu ziehen als auf Betriebshöhe, aber im Rahmen dieses Gesetzes geht dies nicht gut an. Eine Heranziehung der Beamten wäre aus sozialdemokratischen Gründen unerwünscht. Auf der Basis der Gewerbesteuer sollte eine Sondersteuer in Form einer Sondergefehlsteuer eingeführt werden. Besonders erfreut uns die Annahme des Kompromißvorschlags.

Es kommt hin für den Kompromißvorschlag ein. Es soll endlich etwas geschehen werden, denn seit 1913 befindet diese Frage die Bürgerschaft, ohne zu einem Ziel gekommen zu haben. Die Parteien haben die Rentner mit Recht und Recht und Erfolg bei Schadensguts in Abzug

Nur der Kreis der Bezahlenden sei kleiner geworden. Schwer werde ihm die Annahme des Autogenes nur, weil die Beamten nicht einbezogen sind.

Schlemann: Es ist betont worden, praktische Politik zu treiben; das wollen wir alle, aber dies kann man durch diese Steuervorlage nicht. Das auf den Tisch geflogene Kompromiß gibt einen netten Vergleich mit der Reichsfinanzreform, bei der sich nachher auch herausgestellt hat, daß die beschlossenen Steuern verschoben waren. (Schr. richtig! bei den Sozialdemokraten!) Die Antwort des Herrn Stender war nichts anderes als die nächste Dellarierung des Interessenstandpunktes, und der sollte hier in der Bürgerschaft verpönt sein. Nach außen einen geradezu lächerlichen Eindruck würde es machen, wenn man dem Vorschlag Fehlings folgen und die Beamtenbesteuerungsgesetz einführen würde. Die Beamten haben das größte Gewicht darauf gelegt, als Bülbürger zu gelten, auch zu den Lasten missen sie mit beitragen, aber nicht durch Sondergesetze. Für notwendig gewordene Ausgaben des Staates muß ein Überblick über die Einnahmen vorhanden sein; in der Lage befinden wir uns heute nicht. Wir sollen jedoch entscheiden, ob wir ein Gewerbesteuergesetz annehmen wollen oder nicht. Die Verquälzung mit dem Beamtenbefreiungsetat ist nicht allgemein, um so weniger, als noch ganz bedeutende neue Ausgaben in Sicht sind. Heute wird schließlich die Tür zu dem verraumt, was man später gebrauchen kann. Der natürlichste Weg ist die Erhöhung der Einkommensteuer, diese darf freilich nicht völlig erschöpft werden, aber ich weiß nicht, ob das schon jetzt der Fall ist. Authentisches Material, wie es sich im Vergleich mit andern Staaten damit verhält haben wie nicht, als Privatmann weiß ich aber, daß sie in Preußen höher ist. Die gerechte Steuer ist sie allerdings noch mehr die natürliche. Das Arbeitseinkommen sollte freilich weniger belastet werden, als das gutfundierte, denn das erstere ist auch schwerer erworbener. Erst wenn die Einkommensteuer so weit erhöht ist, daß sie nicht mehr weiter ausgebaut werden kann, darf auf andere Steuern zurückgegriffen werden. Deshalb brauchen wir aber keine Ungerechtigkeiten zu begehen. Wenn andere Staaten diese Gewerbesteuer haben, brauchen wir sie doch nicht auch einzuführen. Damals, als die Gewerbesteuer vor 100 Jahren in Preußen eingeführt wurde, haben Handwerk und Gewerbe in Preußen auch besondere Vorteile gehabt, das ist in Lübeck heute nicht der Fall. Die Anlagen, wie der Elbe-Trecks-Kanal usw., müssen freilich gemacht werden; für Holz-, Kolonial- und Weinhandel war er nicht nötig, auch nicht die Vertiefung der Elbe. Lediglich im Interesse des Handels hätte damals niemand in der Bürgerschaft für die Ausgaben gestimmt, sondern nur Lübecks Lebensinteressen waren maßgebend. Die Ausführungen über die Wissenschaft hat Herr Dr. Schloemer schon treffend gekennzeichnet; ich kann dem nur zustimmen. Der Handel hat sich nicht Aufgaben entzogen, die zu erfüllen für Lübecks Wohlgergen notwendig waren. Bestreiten muß ich, daß Handel und Gewerbe verpflichtet seien, diese Steuer zu tragen. Ein fundiertes Kapital von 1½ Millionen bringt 60 000 Mk. Einkommen, ein gleiches im Großhandel bringt 175 000 Mk. inkl. Arbeitslöhne usw., von diesem Kapital zieht der Staat seine Steuern, es bringt also dem Staat einen Nutzen von 20 000 Mk.; und dann soll es noch obendrein durch eine Gewerbesteuer belastet werden, während das feste Kapital nur etwas über 6000 Mk. Steuern bringt. Ich lehne das Gesetz ab, weil ich es für ungerecht halte. Der Beamtenbefreiungsvorlage habe ich mit schwerem Herzen zugestimmt. Die Privatbetriebe können die Gehälter nicht bezahlen, die Beamten bezahlen, dadurch ist das Gleichgewicht gestört. Durch diese Bevorzugung sind die Beamten auch in der Lage, mit zu den neuen Lasten beizutragen.

Bürgermeister G. Fehling: Ich habe mir gesagt, daß der Senat im Bürgerausschuß Entgegenkommen gezeigt hat und weiter hier zeigen wird, eine bindende Erklärung aber nicht abgeben. Die Vorschläge des Herrn Dr. Wittern würden uns wieder in das Nichts zurückfallen.

Senator Dr. Wittern: Ich habe mir bekanntet ebenfalls, keine bestimmte Erklärungen für oder gegen das Kompromiß abzugeben zu haben. Das fundierte Einkommen schärfert herauszuziehen ginge nicht an, dieses werde schon in den andern Steuerarten mehr belastet. Die Lücke, die uns fehlt, sei die Gewerbesteuer, die mit der Vorlage ausgefüllt werde.

Buchwald macht einige Bemerkungen gegen Dr.

Schloemer und spricht gegen Kolonialist an, daß die Gewerbetreibenden, die für die Steuer eintreten, keinen krummen

Rücken gemacht hätten, sondern der besseren Überzeugung gefolgt seien.

Stelling: Ich habe bei der Beratung der Beamtenbefreiungsvorlage darauf hingewiesen, es werde aller Wahrscheinlichkeit nach so kommen, daß man sagt: nun haben Sie die Möglichkeit, die Gewerbesteuer anzunehmen. Sie können dazu nicht Nein sagen. Sie sind zur Annahme verpflichtet. Es ist damals bestimmt worden. Heute sind vom Senat

die Worte von dem Ernst der Situation, von praktischer Politik gefallen. Nach meiner Überzeugung ist das aber, was hier getrieben wird, keine praktische Politik, sondern Kuhhandelspolitik; denn das ist nichts anderes,

was in den letzten Tagen und Wochen gemacht worden ist.

Die Beamten mit in Versammlungen zu den Lasten des Staates, die

durch die Befreiungserhöhungen entstanden sind. Jetzt hört man jedoch nichts mehr davon, die Vertreter der Beamten

sagen nichts und doch müssten sie erklären, daß sie nicht zu

gunsten einer Bevölkerungsschicht weite Kreise belasten wollen.

Es ist ein sonderbares Ansehen, das an uns gestellt

wird: wir sollen einen Gesetz zukommen, das die Gewerbetreibenden belastet, aber nicht die Landwirtschaft, die mit in

Frage kommt. Wäre der Antrag vor fünf Jahren gestellt worden, hätten Sie ihn ohne weiteres einstimmig abgelehnt.

Jetzt merkt man nichts mehr davon, jetzt heißt's nur: leider,

mit schwerem Herzen usw. stimmen wir zu. Es ist mit Recht

auf das sonderbare Verhalten mehrerer Herren hingewiesen worden, die sich in wenigen Tagen so geändert haben. Die

Herren sind solange im Süden herumgetappt, vielleicht hat

dahin Gott Sohn die Erleuchtung gebracht. Auch wir haben

uns eingehend mit der Frage befaßt, waren benötigt, praktische und positive Politik zu treiben. Wie

wollten eine progressive Steuerung der Einkommensteuer vorschlagen. Herr Rechtsanwalt Fehling

mag jetzt genau aufpassen, damit er die Worte nicht nachher wieder umzudrehen braucht. Wir wollen die Einkommen

von 4—5000 Mk. um 16½ Proz. von 5—6000 Mk. um

17 Proz. von 6—7000 Mk. um 17½ Proz. und so weiter steigend bis 100 000 Mk. auf 23 Proz. erhöhen in der Form eines ständigen Zuschlags zur Gewerbesteuer. Das würde

eine Mehreinnahme von 426 000 Mk. bedeuten. Man sagt

uns nun, es geht nicht alles auf die Gewerbesteuer abzuwälzen, man müsse ein Loch für schlechtere Zeiten frei lassen;

man kann aber noch mehrere Löcher füllen, aber nicht durch

die Belastung des Gewerbes durch die Gewerbesteuer, sondern durch die Vermögenssteuer. Wenn man unser Antrag

in dieser Form zuge stimmt hätte, hätte man hier noch ein Loch gehabt, wo etwas herausgeholt werden könnte. Es wird dann weiter gesagt, die Wissenschaft lehre uns, mit der Gewerbesteuer seien wir auf dem richtigen Wege. Das Wort Bürgerschaft ist heute ebenso genutzt worden, wie in der letzten Sitzung das Wort Gerechtigkeit.

In einer Eingabe eines Warenhauses ist auf die Ausübung eines preußischen Gelehrten Dr. Hultsch hingewiesen worden. Derselbe sagt, daß wenn die Gerechtigkeit das Fundament der Staaten sei, nur die Grundlage der Gerechtigkeit bei allen großen Umgestaltungen dem Steuerwesen an die Spitze gestellt werden, sich jeder Versuch verbiete, die wirtschaftlichen Kämpfe durch ungerechte Anwendung steuerrechtlicher Mittel auszutragen. Derselbe Gelehrte, den ich hier als Zeuge für meine Aussage anfuhrte, wird auch von der Steuerbehörde als Kronzeuge für sich angesehen. Die Wissenschaft kann also, wie Sie sehen, verschiedene angewandt werden. Es ist ein unerhörtes Ansehen, die schwachen Schichten so zu belasten, wie es hier geplant wird. Trotz aller gegenteiliger Äußerungen steht ich hier fest: Es wurde jahrelang in allen Bevölkerungskreisen und in der Bürgerschaft gegen die Gewerbesteuer gefäußert und damit gegen den Senat, den Anhänger dieser Steuer war. Wenn nun plötzlich ein Umschwung in der Auffassung erfolgt, so ist das nicht moralischer Mut, ein solches Verhalten lässt vielmehr nicht auf ein steifes Riegelat schließen. Auch Herr Colemaier ist aus einem Saulus ein Paulus geworden, der mit schwerem Herzen dem Kompromiß zustimmt. Jetzt muss die Vorlage schnell zu Ende geführt werden, wenn auch Ungerechtigkeiten geschlachtet werden müssen, wie es Herr Dr. Wittern gut charakterisiert hat. Ein anderer Herr ist umgekehrt, der Gegner der Gewerbesteuer war und sie in ihrer Wirkung als gemeingefährlich bezeichnet hatte. Der Herr hat hier eine Wahlrede gehalten, hat sich an der Sozialdemokratie gerieben, um keinen Umsatz zu verdecken. Herr Rechtsanwalt Fehling nahm Bezug auf das sozialdemokratische Flugblatt, das vor einer Zeit verteilt wurde, und erklärte, daß dieses Flugblatt angeheure, Verbrechungen enthalte; er hat seinerseits gesagt, daß von einer Steuertheorie der Besitzenden gesprochen worden sei. Wenn ich auch Rechtsanwalt wäre, würde ich ihm aufsäubern, mit dem Beweis hierfür zu erwidern. Ich habe ein Flugblatt hier, und da kann er mir zeigen, in welcher Form und in welcher Weise uns mit Verbrechungen operiert wurde. Würde das Flugblatt allerdings vom Reichsverband zur Verleumdung der

Dr. Wittern: Das der Senat beim Kompromiß zusammen wird, haben wir schon im Bürgerausschluß gelesen. Das Plenum der Bürgerschaft ist zur praktischen Mitwirkung überflüssig; wir sollen nur den Abmachungen eines Ausschlusses zustimmen. Das darf aber doch nur ein solcher von der Bürgerschaft gewählter Ausschluß sein, wenn wir uns somit beschädigen sollen wie es sich gehört. Wir können nichts mehr ändern. Ein Ruhmesblatt ist die Vorlage nicht, sie treibt sich schon achtzehn Jahre herum. Ich stimme gegen die Steuer und gegen das Kompromiß, weil der Kreis der Steuertragenden nicht genügend erweitert ist; die Ablehnung der Schuldenlasten wird zur Folge haben, daß mehr angeleihete Kapitalien in die Erscheinung treten. Wenn dieses nach Ihrer Ansicht nicht eintritt, brauchen Sie es auch nicht anzuführen. Den Arzt, Notar, die amtlichen Berufe hat schon früher Herr Fehling als zwar generelle Berufe gerechnet, gerechter wäre aber doch ein Ausschluß zur Einkommensteuer. Uns praktischen Gründern bin ich für die Herausziehung des fundierten Kapitals, das schwerer belastet werden soll als das erwerbende. Rentner, Reichsbeamte und Beamte mit weniger als 3000 Mk. Einkommen sollten freigesetzt werden; dadurch würden wir die Rentner heranziehen, die, wenn auch weniger Steuern zahlend, doch den Konsum förderten. Die Progression nach dem Kompromißvorschlag ist nachteilig; gerade die Großindustrie wird dadurch von hier ferngehalten. Das Plenum der Bürgerschaft ist garnicht mehr in den Stand gesetzt, hier praktisch mitzuarbeiten. In diesem Falle müssten wir Nein sagen. (Bravo!)

Bürgermeister G. Fehling: Ich habe mir gesagt, daß der Senat im Bürgerausschuß Entgegenkommen gezeigt hat und weiter hier zeigen wird, eine bindende Erklärung aber nicht abgeben. Die Vorschläge des Herrn Dr. Wittern würden uns wieder in das Nichts zurückfallen.

Senator Dr. Wittern: Ich habe mir bekanntet ebenfalls, keine bestimmte Erklärungen für oder gegen das Kompromiß abzugeben zu haben. Das fundierte Einkommen schärfert herauszuziehen ginge nicht an, dieses werde schon in den andern Steuerarten mehr belastet. Die Gewerbesteuer, die mit der Vorlage ausgefüllt werde.

Buchwald macht einige Bemerkungen gegen Dr. Schloemer und spricht gegen Kolonialist an, daß die Gewerbetreibenden, die für die Steuer eintreten, keinen krummen

Rücken gemacht hätten, sondern der besseren Überzeugung gefolgt seien.

Stelling: Ich habe bei der Beratung der Beamtenbefreiungsvorlage darauf hingewiesen, es werde aller Wahrscheinlichkeit nach so kommen, daß man sagt: nun haben Sie die Möglichkeit, die Gewerbesteuer anzunehmen. Sie können dazu nicht Nein sagen. Sie sind zur Annahme verpflichtet. Es ist damals bestimmt worden. Heute sind vom Senat

die Worte von dem Ernst der Situation, von praktischer Politik gefallen. Nach meiner Überzeugung ist das aber, was hier getrieben wird, keine praktische Politik, sondern Kuhhandelspolitik; denn das ist nichts anderes,

was in den letzten Tagen und Wochen gemacht worden ist. Die Beamten mit in Versammlungen zu den Lasten des Staates, die durch die Befreiungserhöhungen entstanden sind. Jetzt hört man jedoch nichts mehr davon, die Vertreter der Beamten

sagen nichts und doch müssten sie erklären, daß sie nicht zu

gunsten einer Bevölkerungsschicht weite Kreise belasten wollen. Es ist ein sonderbares Ansehen, das an uns gestellt

wird: wir sollen einen Gesetz zukommen, das die Gewerbetreibenden belastet, aber nicht die Landwirtschaft, die mit in

Frage kommt. Wäre der Antrag vor fünf Jahren gestellt worden, hätten Sie ihn ohne weiteres einstimmig abgelehnt.

Jetzt merkt man nichts mehr davon, jetzt heißt's nur: leider,

mit schwerem Herzen usw. stimmen wir zu. Es ist mit Recht

auf das sonderbare Verhalten mehrerer Herren hingewiesen worden, die sich in wenigen Tagen so geändert haben. Die

Herren sind solange im Süden herumgetappt, vielleicht hat

dahin Gott Sohn die Erleuchtung gebracht. Auch wir haben

uns eingehend mit der Frage befaßt, waren benötigt, praktische und positive Politik zu treiben. Wie

wollten eine progressive Steuerung der Einkommensteuer vorschlagen. Herr Rechtsanwalt Fehling

mag jetzt genau aufpassen, damit er die Worte nicht nachher wieder umzudrehen braucht. Wir wollen die Einkommen

Sozialdemokraten stammten, dann wären derartige Verhandlungen Sicherlich aufzuwischen. Herr Rechtsanwalt Fehling sagte weiter, daß Dr. Schlosser die Bürgerschaft gering einschätzt. Wo war denn das hohe Niveau, als wir uns über die Oberlehrerfrage unterhielten? Da haben wir insbesondere in der Rede des Rechtsanwalts Fehling nichts davon bemerkt. Es sei unerhört, so sagte der Herr weiter, wenn wir von Berat und Brandschatzung der Arbeiter redeten, denn 88 Proz. der Bevölkerung seien von der Steuer nicht getroffen. Die Logik des Rechtsanwalts hat mich außerordentlich gewundert. In der kommenden Wahlzeit wird er gegen die indirekten Steuern Stellung nehmen, tut er das, dann wird er doch nicht bestreiten können, daß hier nichts anderes als eine indirekte Besteuerung der Bevölkerung vorliegt. Die Lasten, die durch die Gewerbesteuer entstehen, werden auf die Konsumenten abgeworfen. Mit der Verquälzung der Warenhaussteuer will man den Konsumverein treffen, der nichts anderes ist als eine Korporation der Arbeiter der Blumen, und die wollen Sie mit der Gewerbesteuer treffen. (Zuruf Fehlings.) Sie kennen doch die Vorlage und wissen, daß die Konsumvereinsteuern mit der Warenhaussteuer verquält ist. Diese Steuer macht sich als indirekte Steuer fühlbar, das wissen Sie mit allgemeinen Redensarten nicht aus. Nicht wir, sondern Fehling hat mit Redensarten operiert. Es wurde angeführt, die Sozialdemokraten verdienten 2-3000 Mf. Ich möchte, wir hätten recht viele solche Sozialdemokraten, dann wären wir gern erbötzig, mehr zu den Lasten mit beizutragen als bisher. Die Worte Dr. Schlossers wurden einfach verdreht. Er hat ausdrücklich betont, es müsse entweder eine Steigerung der Staffel der Grundposition erfolgen, oder die Einheitsdifferenz erhöht werden. Man muss wohl schon Rechtsanwalt sein, wenn man das nicht versteht. Es wäre weiters richtig gewesen, wenn man hier die Politik aus dem Spiel gelassen und sich einfach hingestellt und gesagt hätte: Auch ich bin einer von den Umgefallenen. Rechtsanwalt Fehling hat am 1. Januar 1910 die Vorlage mit treffenden Worten bekämpft. Auch Herr v. Schack zählt zu denen, die mehr oder weniger umgefallen sind und die Rentner schützen wollen. Wenn diese Herren wirklich so viel Einkommen haben, wie hier gesagt wird, dann kann man sie ja, um ihren Fortzug zu verhüten, nach berühmtem Muster, zu Senatoren machen. Rechtsanwalt Fehling wies schärfer darauf hin, daß, wenn wirklich die Rentner wegziehen würden oder der Zugang unterbleibe, dies höchstens einen Einnahmeausfall von 17000 Mf. ausmachen würde. Herr Thiel müßte eigentlich wissen, wie schwer es hält, neue Industrien heranzuziehen, und da sollte er nicht ohne Weiteres den Zugang inhibieren dadurch, daß er der Gewerbesteuer das Wort redet. Er möchte Erleichterungen für die Industrie einführen; vielleicht empfiehlt er, die Gewerbesteuer erst im Jahre 2000 einzuführen. Wenn Sie auf die verschiedenen Berufsschichten Rücksicht nehmen wollen, können Sie dies nur, wenn Sie dem Vorschlag folgen, den wir Ihnen entgegenbringen. Herr Schiemann meint, es dürfe hier keine Klassenpolitik getrieben werden, hier in der Bürgerschaft — dem Klassenparlament — wird aber nichts anderes als nackte Klassenpolitik getrieben. Herr Schiemann hat am 20. Oktober v. J. in Berlin die Konsumvereins- und Warenhaussteuer empfohlen. So wird also auch von ihm Klassenpolitik getrieben. Trocken der Kuhhandel perfekt geworden ist, bin ich verpflichtet zu sagen, was wir denken und was gefragt werden mußte. Wenn Gerechtigkeit nicht nur im Urtheil geführt wird und Sie es ehrlich meinen, dann zeigen Sie heute abend, daß Sie noch Gerechtigkeitsstimmen besitzen: Lehnen Sie im Interesse der minderbemittelten Bevölkerungsschichten, im Interesse von Handel und Gewerbe diese Missgeburt einer Gewerbesteuer ab. (Bravo b. d. Soz.)

Bürgermeister Schiedburg: Es soll nicht alles auf die Einkommenssteuer gewälzt werden; zu der Gewerbesteuer, die 300000 Mf. bringt, wird die Einkommenssteuer noch um 12½ Proz. erhöht werden müssen; das Finanzdepartement hat noch manch Notwendiges im neuen Voranschlag geschrieben. Eine Vermögenssteuer können Sie jeden Augenblick bekommen, dadurch werden Sie aber eine ganze Anzahl Vermögen von hier wegtreiben. Als Erfolg haben wir ja auch die Gewerbesteuer. Wenn das Reich eine Gewerbesteuer einführt, ist es nicht ausgeschlossen, daß wir zu einer Vermögenssteuer kommen.

V. J. v. Pape kritisiert die Art und Weise, mit der die Bürgerschaft behandelt wird und bedauert die Zeit, die in der Bürgerschaft der Vorlage gewidmet wurde. Wenn die Bürgerschaftsmitglieder so umfassen wie es heute geschicht, dann ist jedes Wort vergebens. Herr Boje sagte im Bürgerausschuss ja auch, was lobt uns Wissenschaft, wir schaffen Gesetze wie wir es brauchen, und heute beruft er sich auf Preußen; ich sage, was schert uns aber Preußen, wo die Jungen regieren. Der Handel hat weit mehr Nutzen von den Ausgaben als die Industrie. Wir zahlen hier 103 Mf. für Kosten, in Hamburg werden nur 65 Pf. bezahlt, da kann man doch nicht davon reden, die Industrie habe vom Kaufbau und Trade-Regulierung Vorteil. Soll der Erwerbsteuert werden, muß er gleichmäßig gefaßt werden. Bedauerlich ist, daß die Rentner nicht getroffen werden, vielleicht findet sich später Gelegenheit, die dieser vor Jahresfrist gegen die Gewerbesteuer anführte.

Eichenburg behauptet, daß Handel und Industrie durch den Kanal den Vorteil gehabt hat; die Allgemeinheit habe die Kosten völlig getragen. Nicht nur der Holzhandel habe Nutzen gehabt, durch die Tradeverteilung, der ganze Handel sei damit einbezogen, deshalb könne er auch mit zu der Steuer beitragen.

Schiemann polemisiert gegen Bürgermeister Eichenburg, hier ist der Ort, die Steuerprobleme zu erörtern. Die Vorlage enthält grobe Fehler, auf die auch andere Bürgerschaftsmitglieder aufmerksam gemacht haben. Um den objektiven Charakter zu wahren, werden den Geschäften die Steuern für die Angestellten mit aufgelegt. Manche Konsequenzen und Ungerechtigkeiten sind in dem Gesetze enthalten. Was denkt man denn von den Pflichten eines Bürgerschaftsmitgliedes, wenn es einfach den Kompromiß aufzunehmen soll, gegenüber Eichenburg betone ich nochmals, daß der breite Handel keinen Nutzen von dem Kanalbau und der Tradeverteilung gehabt hat. Betonen will ich allerdings, daß der Kanal für Lübeck nötig war. Redner wendet sich noch gegen die Vorwürfe Stellings ihm gegenüber, der Warenhäuser und Konsumenten. Er habe in Berlin herausgehoben, daß diese Steuern einer eingehenden Prüfung unterzogen werden müssten.

Dr. Siegel wünscht Aufklärung, wie der Vorführer die geistigen Dispositionen getroffen hat, die Zeit sei zu kurz gewesen, um weiter erörtern zu können.

Es ist betont, daß er sein Geheimnis aus seinem Umsatz gemacht habe, um bei dieser langjährigen Vorlage gegenwärtig eine Position einzunehmen, welche er nicht aufstellen darf. Das Kompliment in Vorlage gebracht. Die Rechtfertigung mit der Vorlage, die jetzt geöffnet würden, stimmt ganz genau. Das Gesetz sollte mit der leichten Stille angenommen werden. Man könne es ja in drei Jahren revidieren. Der Handel könnte keine Nutzen sein, umso weniger, als die eine Seite, die das verweist, gar nichts zur Steuer beitragen.

Fehling: Die Zahlen im Kompromiß sind von der Steuerbehörde geprüft worden; weitere Verhandlungen sind mit dem Senat nicht geöffnet worden. Dieser hat nur seine Freude darüber ausgedrückt, daß ich Herr Boje und ich zum Besten des Ganzen für die Gewerbesteuer belebt haben. Stellung wollte mich mit meinen früheren Ausführungen festmachen. Ich habe mich damals gegen eine Sonderbesteuerung des Gewerbes gewandt. Was jetzt vorliegt, ist ehrliche Arbeit und entspricht meinen damaligen Ausführungen über das Flugblatt; nach diesem sind aber meine vorhin gemachten Behauptungen zutreffend. Es ist eine dreifache Behauptung, mit vorzubereiten, ich hätte die Unwahrheit gelagert. Ich bin ein grundsätzlicher Gegner der Umsatzsteuer; in der Bürgerausschusssitzung hat nach mir Bruns und P. Boje den gleichen Antrag gestellt.

Rosenquist widerholte seine ersten Ausführungen, nach denen es deprimierend sei, wenn ein Standeskollege nichts dir nichts umfalle.

Lüth glaubt, Herr Aug. Pape möse einen Gegensatz zwischen Industrie und Handel konstruiert.

Buchwald behauptet, daß die Kompromißvereinigung in vier Stunden ebensoviel das Gesetz beraten haben könnte, wie dies ja auch in der Bürgerschaft geschehe.

Dr. Schlosser geht auf die Ausführungen des Rechtsanwalts Fehling ein, die er zurückweise. Die Angaben des Flugblattes entsprechen durchaus den Tatsachen. Bei der herrschenden Unruhe und den Privatesprechern der zum Wegsehen bereiten Bürgerschaftsmitgliedern ist sein Wort zu verstehen.

Fehling bezeichnet diese Ausführungen als Mohrenwäsche. Damit ist die Allgemeinberatung erschöpft. Die Spezialberatung wird auf Dienstag abend 6 Uhr vertagt.

Schluss 11 Uhr 25 Minuten.

Aus der Partei.

Genossin Emma Ihrer gestorben. Am Sonntag vormittag starb nach mehrwöchigem schweren Krankenlager Emma Ihrer im Alter von 54 Jahren. Genossin Ihrer stand in den Anfängen der proletarischen Frauenbewegung mit in den ersten Reihen derer, die in Wort und Schrift unablässig für die Auflösung und Organisation des weiblichen Proletariats tätig waren. Ungezählte Versammlungen hat sie in allen Teilen Deutschlands abgehalten und ihre Schrift „Die Arbeiterin im Klassenkampf“ fand weiteste Verbreitung. In den letzten Jahren war sie Vorsitzende des Verbandes der Blumen-, Blätter- und Federarbeiter und -arbeiterinnen, als dessen Vertreterin sie noch am Kopenhagener Internationalen Kongreß teilnahm.

Für die Kinder der streikenden Knopfarbeiter in Frankenhausen gingen nachträglich beim „Saalfelder Volksblatt“ noch ein: 1878,25 Mf.; bereits quittiert: 5106,55 Mf., dennoch zusammen 6984,78 Mf.

Der Erfolg eines Wahrheitsbeweises. Anfang Juli v. J. veröffentlichten die „Leipziger Volkszeitung“ und die „Chemnitzer Volksstimme“ einen Gerichtsbericht über eine Verhandlung, in der Zeugen über die mittelschändische Krankenkasse „Friedrich August“ so ungünstige Aussagen gemacht hatten, daß unsere Parteiblätter zu der Überzeugung kommen mußten, die Statuten der Kasse enthielten Halbstreiche für die Kassenmitglieder. Auf Klage der Kassendirektoren verurteilte das Leipziger Gericht die verantwortlichen Redakteure zu je 50 Mf. Geldstrafe, obgleich es ausdrücklich anerkannte, die Beklagten hätten den Wahrheitsbeweis erbracht und der Gerichtsbericht habe keinerlei Unrichtigkeiten enthalten.

Das Erfolgsurteil eines preußischen Polizeipräsidenten ist ein gar eitles Ding, insonderheit, wenn die preußische Justiz berufen ist, es zu führen. Das mußte dieser Tage der verantwortliche Redakteur der „Arbeiterzeitung“ in Elze u. Genosse Steinbüchel erfahren, gegen den der dortige Polizeipräsident Strafantrag wegen Beleidigung und angeblicher unvollständiger Aufnahme einer Verächtigung stellte. Der Sachverhalt ist folgender: „Im Oktober v. J. erschien in der „Arbeiterzeitung“ eine Notiz, in der Beschwerde über mehrere Polizeibeamte geführt wurde, die einen Maurer auf der Wache verprügeln haben sollten. Kurz darauf erhielt die Redaktion eine Verächtigung des Polizeipräsidenten, wonach der Vorfall anders dargestellt wurde. Beim Abdruck der Verächtigung wurde natürlich nur der Teil, der als Verächtigung gilt, abgedruckt, nicht etwa auch die Befreiung: „Unter Hinweis auf § 11 des Bremgesetzes“ usw. sowie der gedruckte Kopf des Bogens. Im Eingang wurde gesagt: „Unser Mitarbeiter im Polizeipräsidium sendet uns folgende Verächtigung.“ Durch die Zeitung „Mitarbeiter“ fühlte sich der Polizeipräsident verhöhnt, außerdem soll die Verächtigung nicht vollständig abgedruckt sein. In einem Schreiben an die Staatsanwaltschaft stellte der Polizeipräsident Strafantrag und bat um eine „empfindliche Bestrafung“. Zu seiner Befriedigung bemerkte Genosse Steinbüchel, daß der Polizeipräsident in letzter Zeit der „Arbeiterzeitung“ häufig Verächtigungen zugestellt habe und die Bezeichnung „Mitarbeiter“ deshalb gebraucht worden sei, weil hierdurch der Polizeipräsident sozusagen Mitarbeiter der „Arbeiterzeitung“ gewesen sei. Der Staatsanwalt verantworte wegen nicht vollständigen Abdrucks der Verächtigung 75 Mf. Geldstrafe und wegen des Ausdrucks des Mitarbeiters drei Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt bemerkte hierzu, daß durch den Ausdruck „Mitarbeiter“ die Autorität der Behörde herabgesetzt würde und deshalb diese Strafe am Platze sei. Nach längerer Beratung verurteilte der Gerichtshof folgendes Urteil: Es erfolgt Freispruch wegen der Anklage des nicht vollständigen Abdrucks der Verächtigung wegen Beleidigung. Verurteilung zu 150 Geldstrafe und Bekanntmachung in einer Anzahl Zeitungen. Die preußische Polizei hat absolut keine Ursache, übertriebene Empfindlichkeit zur Schau zu tragen. Abgesehen von der gebräuchlichen Bezeichnung absolut keine Verhöhnung.

Schiemann polemisiert gegen Bürgermeister Eichenburg, hier ist der Ort, die Steuerprobleme zu erörtern. Die Vorlage enthält grobe Fehler, auf die auch andere Bürgerschaftsmitglieder aufmerksam gemacht haben. Um den objektiven Charakter zu wahren, werden den Geschäften die Steuern für die Angestellten mit aufgelegt. Manche Konsequenzen und Ungerechtigkeiten sind in dem Gesetze enthalten. Was denkt man denn von den Pflichten eines Bürgerschaftsmitgliedes, wenn es einfach den Kompromiß aufzunehmen soll, gegenüber Eichenburg betone ich nochmals, daß der breite Handel keinen Nutzen von dem Kanalbau und der Tradeverteilung gehabt hat. Betonen will ich allerdings, daß der Kanal für Lübeck nötig war. Redner wendet sich noch gegen die Vorwürfe Stellings ihm gegenüber, der Warenhäuser und Konsumenten. Er habe in Berlin herausgehoben, daß diese Steuern einer eingehenden Prüfung unterzogen werden müssten.

Der Polizeihandlungen gegen die Jugendorganisation. In Mainz ist am 8. III. zu Neujahr, wie bereits gemeldet, die erste Jugendorganisation aufgetreten. Natürlich hielt das jungen Leute nicht ab, ihre Verhältnisse untereinander aufrecht zu erhalten. An einem Abende vielen verschiedenen Jugendlichen in einer Privathaltung, wo sie sozusagen freien und langlebigen Platz fanden, drängte ein Polizeioffizier in die Wohnung ein und wollte die Verkettung aufspuren. Der Wohnungsinhaber verbot dem Beamten, Zimmer, worauf dieser einen Polizeibeamten mit einem Polizeihund anrief. Da sich die Jugendlichen deutlich angestellten Gedanken des Polizeibeamten fanden, brauchte der Polizeihund nichts zu verstecken.

Sozialtag.

Schäbiger Kampf gegen die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen. Die Feinde der Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen greifen zu den verzweifeltesten Mitteln, um ihren Willen durchzusetzen. Seht haben Sie, um den Anhänger zu erwecken, als ob auch die Kassenbeamten einer Selbstverwaltung nichts wissen wollen, eine Petition an den Reichstag hergestellt, die von einem mit dem 1. Januar 1911 ins Leben trenden neuen Bund der Krankenkassenbeamten ausgehen sollte und die die alten reichsbündlerischen Angriffe gegen die Selbstverwaltungen der Kassen berichtet. Wir haben seinerzeit die Petition mitgeteilt, die vom Vorstand des neuen Bundes, den Kassenbeamten Elbe I in Meißen, unterzeichnet war. Seht erlaßt nun dieser Kassenbeamte in der Erfurter „Erfähre“ eine Erklärung, die zeigt, wie solche Geschichten gemacht werden. Elbe sagt: Er habe nur aus Solidaritätsgefühl das Vorstandamt angenommen, aber noch keinerlei Tätigkeit für den Bund entfaltet. An der Ausarbeitung der Petition habe er nicht mitgearbeitet, diese sei ihm auch nicht zur Unterschrift vorgelegt worden. Bei gelegentlichen Versprechungen von Unzuträglichkeiten habe er immer betonen müssen, daß die Anstellungs- und Beoldungsverhältnisse der Kassenbeamten in Thüringen einwandfrei seien, speziell in Meißen seien diese Verhältnisse die denkbaren besten. Er habe niemals Grund gehabt, einen Vorstoß gegen das Selbstverwaltungsrecht zu unterstützen. Ferner heißt es wörtlich in der Erklärung:

„Ich habe, um jede Zweideutigkeit zu vermeiden, das Verhältnis übernommene Vorstandamt wieder niedergelegt.“

Diese Erklärung des Herrn Elbe bestätigt die Vermutung, daß die ganze Gründung nur den Zweck hatte, eine Opposition gegen die Selbstverwaltung der Kassen aus den Kreisen der Beamten heraus vorzugehen, um gerade mit den Stimmen dieser angeblich so schwer unter dem sozialdemokratischen Terrorismus leidenden Personen Eindruck auf die Regierung und die Reichstagmehrheit zu machen.

Gewerkschaftsbewegung.

Eine Schiedsgerichtsentscheidung im Baugewerbe. In Potsdam bestanden zwischen den Organisationen der Bauhüttsarbeiter, Maurer und Zimmerer bis zum 1. April 1910 Tarifverträge. Die Arbeitgeber sind ebenfalls nach Berufen organisiert. Die Arbeitgeber für das Maurergewerbe und die für das Zimmergewerbe gehören je einem besonderen Verbande an, die aber dem Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe angeschlossen sind. Beide Organisationen sperren die in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter nicht aus und hofften damit den mit der Ausspeisung verbundenen Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen. Das Schiedsgericht in Dresden entschied aber, daß der Schiedsspruch für alle Lohngebiete gilt, wo bisher Verträge bestanden haben, mögen sie an der vorjährigen Bewegung beteiligt gewesen sein oder nicht. Die Organisationen der Arbeiter beantragen auf Grund dieser Entscheidung, daß nun auch für das Lohngebiet Potsdam Tarife abgeschlossen würden und die Lohn erhöhung in Kraft trete. Die Organisation der Zimmermeister erklärte sich zwar bereit, einen Vertrag auf drei Jahre abzuschließen, lehnte aber jede Lohnzulage ab; und auch auf Vorstellung ihrer Centralorganisation weigerte sie sich hartnäckig, den Dresdener Schiedsspruch anzuerkennen. Der Verband der Maurermeister ließ sich zwar dahin belehren, daß der Schiedsspruch für Potsdam zutrete, er lehnte aber die Lohn erhöhung von 5 Pf. für Maurer und 6 Pf. für Bauhüttsarbeiter mit der Begründung ab, daß das Baugewerbe diese Lohn erhöhung nicht vertragen könne, er erklärte sich aber bereit, 3 Pf. Lohn erhöhung zu gewähren. Die Arbeiterorganisationen riefen hierauf die im Vertrage vorgesehene zweite Instanz an, in diesem Falle ein örtliches Schiedsgericht bestehend aus je zwei von den Parteien erwählten Vertrauensleuten und dem zweiten Vorsitzenden des Potsdamer Gewerbevertrags als Vorsitzenden. Nachdem dieses Gericht den Maurer- und Bauhüttsarbeitern inschmal das Angebot der Unternehmer als Vermittlungsvorschlag zur Abstimmung durch die Organisationen empfohlen und die Versammlungen einstimmig diesen Vorschlag wieder abgelehnt hatten, entschied es am 3. Januar, daß der Dresdener Schiedsspruch von den Potsdamer Arbeitgebern im vollen Umfang anzuerkennen sei. Im Verlaufe dieser weit schwierigen Verhandlungen gab es die Verkörperung der Unternehmer wiederholt zu erkennen, daß sie sich einer Entscheidung nicht fügen könnten, wenn ihnen zugemutet würde, die im Dresdener Schiedsspruch vorgehenden Lohn erhöhung anzuerkennen. Trotzdem hat nun mehr der Arbeitgeberverband die Kassenmeister beschlossen, dem Schiedsspruch sich zu fügen. Somit kann der Tarifvertrag endlich zum Abschluß kommen. Der Arbeitgeberverband für das Zimmergewerbe wird sich der Verhöhnung einen gleichen Vertrag abzuschließen, nun nicht länger entziehen können.

Christlicher Terrorismus auswinden. Der Verband der Christlichen Bauarbeiter in Posen hat durch seinen Zahlstellenleiter Krang der Posener Presse eine schaurige Terrorisierungsmeldung übermittelt, die von der reaktionären Presse schon seit langem Bekanntes ist. Die Christlichen Bauarbeiter verantwerten die Taten der Christlichen Bauarbeiterverbände als Vorfahrt. Nach dieser schrecklichen Zuschlagsfolge in Posen schreibt Krang: „Wir werden hier eingestellt werden, wenn sie sich verpflichten, in den Zentralverband der Bauarbeiter einzutreten, andernfalls werden sie entlassen. Nur um nicht den Winter über arbeitslos zu sein, hätten die Christen sich gefügt.“ Das gleiche ist bei den Maurern der Fall gewesen. Wie alle Terrorisierungsmeldungen kurze Zeit haben, so auch diese. Die Posener Neuesten Nachrichten, ein gut bürgerliches Blatt, haben für die terroristischen Christen angenommen und bei den beteiligten Unternehmern und deren Belegschaften Rückfragen gehabt. Weder die Unternehmer noch ein aus dem Blatt beschäftigter Vorsitzender des christlichen Bauarbeiterverbands aus Düsseldorf noch überhaupt irgend ein Mensch, ja selbst christliche organisierte Arbeiter haben von einem Terroristismus etwas gehört. Sodann legt selbst die bürgerliche Posener Neuesten Nachrichten erklärlich, daß die Vorwürfe des Zentralverbandes der christlichen Bauarbeiter in Posen nicht bestreitbar sind und durchaus jeder Grundlage entbehren. Trotz dieser einwandfreien Darstellung des bürgerlichen Blattes werden sich natürlich wieder die reaktionären Blätter über diesen Sitten mit Gier stürzen.

Ad natam. Ein Unternehmerorgan, die „Fördergemeinschaft für soziale Zertifizierung“, hat sich nach dem neuen Jahr die Arbeitgeber wieder an die alten Rüge zurückgezogen und in der Ausweitung eines glücklichen Betriebisvertrags zu folgendem Neujahrsgruß an die Arbeiterschaft versteckt:

„Wir leben sogar nicht an unserer Arbeiterschaft. Unsere Arbeiterschaft ist darüber zu zählen, daß sie trotz der in ihr aufgeweckten Erregung trotz der in ihren Kreisen eintretenden Gründung ihre Würde bewahrt.“

und bis auf einzelne Ausnahmen während der Zeit allgemeiner Betriebsstillstand eine Ordnung und Haltung gezeigt hat, die allgemein mit Genugtuung bezeichnet wird. Wenn wir diese verhörende Erfahrung mit jenen Ausschreitungen vergleichen, mit denen im Frühjahr 1910 eine handvolle Maurer während eines Streiks ganz Vorarlberg beunruhigten oder mit denen, die man bei Lohnbewegungen geringeren Umfangs an anderen Orten, z. B. in Moabit erlebt, dann muß uns ein Gefühl der Verunsicherung erfüllen.

Während des Streiks wurden die Arbeiter von der Vorarlberger Presse als gefährliche Banditen hingestellt, um die Regierung zu zwingen, den Belagerungszustand mittels der Karlsruher Schule aufrechtzuerhalten, so daß diese arbeitslosen Wächter des Arbeitswilligenreiches für das ihnen entflossene Weihnachtsvergnügen mit einem landesväterlichen Taler entschädigt werden müssten. Daß das Unternehmertum statt in die Ferne nach Moabit, zu schweifen überseht, was im nahen Raasteat vor sich ging, ist begreiflich. Und wenn die Arbeiter wieder um besseren Lohn kämpfen, sind sie wieder den Eligen und Verleumdungen der Ausbeuterpresse ausgesetzt.

Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet. Am 6. Januar fanden im Ruhrgebiet 95 und am 8. Januar 66 Belegschaftsversammlungen statt, die durchweg einen starken Reichtum aufzuweisen hatten. Auch am kommenden Sonntag finden noch zahlreiche Belegschaftsversammlungen statt, um zur Lohnfrage Stellung zu nehmen. In den Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, die sich mit dem Vorgehen der drei Bergarbeiter-Organisationen einverstanden erklärt und die Arbeitsausschüsse beauftragt, die aufgestellten Forderungen sofern den Grubenverwaltungen zur Kenntnis zu bringen und zu verlangen, daß die Ausstellungen, die zu den Forderungen Stellung zu nehmen haben, noch in der zweiten Hälfte des Monats Januar stattfinden sollen. Es ist dies der legitime Weg, der den in Frage kommenden Organisationen noch übrig bleibt, um in Güte etwas zu erreichen, nachdem die Grubenherren resp. der Zechenverband jedes Entgegenkommen abgelehnt haben mit der Motivierung, es müsse den einzelnen Zechenverwaltungen überlassen bleiben, die Lohnfrage mit ihren Arbeitern zu regulieren; die Arbeitsausschüsse seien die gesetzlichen Vertreter der Belegschaften und hätten die Aufgabe, Wünsche und Beschwerden der Arbeiter bei den Grubenverwaltungen vorzutragen. Ein Mitbestimmungsrecht auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hätten sie jedoch nicht. Es bleibt nun abzuwarten, wie weit die einzelnen Zechenverwaltungen den Wünschen und Forderungen der Arbeiter entgegenkommen werden. Zweifellos sind die Zeichen dazu in der Lage; die Gemüne sind sehr gute, die Forderung hat die höchste Stütze der Hochkonjunktur im dritten Quartal 1907 schon bedeutend überschritten. Eine völlige Ablehnung der Lohnforderungen würde sich in keiner Weise rechtfertigen, da die Forderungen sich in sehr mäßigen Grenzen halten; die Bergarbeiter fordern nur zurück, was die Bergherren ihnen in der Zeit der Krise in durchaus unberechtigter Weise genommen haben. Haben sie doch im Ruhrgebiet in den letzten 24 Jahren vom ersten Quartal 1908 bis einschließlich dritten Quartal 1910 etwa 105 Millionen Mark an Löhnen allein durch direkte Lohnreduzierungen eingebüßt, ungerichtet die Verluste, die ihnen durch die vielen Feierlichkeiten entstanden sind. Der christliche gelbe Bergengewerkschaften leistet trotzdem der Zechenverband ihm auf seine "Bürtigkeit" einen Tribut vor den Bauch versiegelt hat, den Bergherren Handlangerdienste, beschimpft die anderen Organisationen in der Presse und in Versammlungen, bringt sich damit aber auch bei seinen Mitgliedern um jeden Kredit und in eine wenig beseidene Situation. Es beginnen die gelben Generäle auch einzuziehen und so haben sie am 8. Januar in Esseln, Gelsenkirchen, Steele, Bottrop und Bochum große Bergarbeiterversammlungen abgehalten, um sich Vertrauensvoten auszuteilen zu lassen. Die Auferwählten wurden dazu aus der ganzen Umgegend zusammengetrommelt und so verließ alles programmäßig. Allerdings handelte es sich nicht um Bergarbeiterversammlungen, sondern um Zentrumspartaden; das Zentrum hatte keine Freiheit antreten lassen und zwar aus allen Kreisen der Bevölkerung. Mit den erhaltenen Vertrauensvoten können die christlichen Generäle sicher keinen Hund hinter den Oren vorlösen. Gegenüber steht diesen gemachten Vertrauensfundgebungen, daß die von den in der Lohnfrage gemeinsam vorgehenden Verbänden einberufenen Versammlungen auch von vielen Mitgliedern des Gewerbevereins besucht waren, die das Vorgehen der Christlichen in der Lohnfrage einstimmig gutgeheissen haben und damit die Haltung des Gewerbevereins verurteilten. Sogar in die Leitung der Versammlungen wurden Mitglieder und Ausschusmitglieder des Gewerbevereins gewählt.

Die Moabiter Polizeischlächten vor Gericht.

In der Montagssitzung führte Rechtsanwalt Rosenberger in seinem Plädoyer aus, der das der Arbeiter gegen die Polizei beruhe vor allem darauf, daß die Arbeiter die Polizei stets auf der Seite ihrer Gegner standen. Der Staatsanwalt legte ja bestehenden Wert darauf, daß viele Organisierte sich in den Ausschreitungen beteiligt hätten. Aber das steht im Gegenzug zu der Erfahrung, daß gerade solche Streiks die ohne gewerkschaftliche Mitwirkung geführt werden, von Gewalttätern begleitet seien. Den Angeklagten müsse das Vorgehen der Schlägler zugute gehalten werden, die Schlägler hätten die Moabiter Bevölkerung, die die Gründung eines Arbeits-Rates befürwortet. Der Verteidiger bat, die Angeklagten freisprechen, oder ihre Strafe durch die Untersuchungshaft als verbüßt zu erachten.

Rechtsanwalt Liebknecht ergreift das Wort für den Angeklagten Pilz, der lediglich deswegen schuldig sein soll, weil der Junge Weißschmid ein Ehrenmann sei. Der Staatsanwalt wolle die geschwollene Lippe des Westkündigt mit der Strafe von 1½ Jahr Gefängnis für Pilz führen. Was für eine Strafe müsse er dann gegen die Schlägler und die Kriminalbeamten beantragen, die gegen ruhige Bürger in der niederrangigsten Stelle vorgegangen seien. Den Schlägler werde an die Moabiter Borgänge wohl keine Gunstung bleiben, als der Dank des Herrn v. Jagow. Der Verteidiger erklärt, der Dank des Herrn v. Jagow gehöre nicht in den Gerichtssaal. Eingehend beleuchtet dann der Verteidiger die Unglaublichigkeit des Zeugen Westkündigt, wie die freigesprochene Führerin Bischbich. Sie kann ihm dennoch verurteilen, so lange die Strafe zur Stelle geblieben sei.

Rechtsanwalt Bahl betont dann für den Angeklagten Pilz die Freigesprochen, weil die Schlägler, die ihn festnahmen nicht in rechtmaßiger Ausübung ihres Amtes gehandelt hätten. Jetzt habe er einen Schlagmann mit dem Richter Baur vereinbart, aber er habe in neutraler Gewährung Baur nicht gehabt, wie der freigesprochene Führerin Bischbich. Sie kann ihm dennoch verurteilen, so lange die Strafe zur Stelle geblieben sei.

Am Dienstag hielt Rechtsanwalt Dr. Götz ein zweites Plädoyer, wonach er einen allgemeinen Rückblick auf die historische Entwicklung der Polizei machte und zu dem

Schluss kam, daß das polizeiliche System seit zwei Jahrhunderten sich nicht geändert habe. Wie vor 200 Jahren, so betrachte auch heute die Polizei die Stadtbürgers als Untertanen, denen gegenüber Übergriffe jeder Art erlaubt seien. Weiter unterzog der Verteidiger das Lokalwesen der Polizei einer scharfen Kritik, wobei er freilich von dem Vorliegenden wiederholte unterbrochen wurde, weil das nicht zur Sache gehöre. Der Hauptteil seiner Ausschreitungen war einer kritischen Untersuchung der Glaubwürdigkeit der Aussagen von Polizeibeamten gewidmet, einer Untersuchung, die sehr ungünstig für die Beamten ausfiel. Als er hierbei auch darauf zu sprechen kam, wie die Verteilung von Orden während des Prozesses auf die Zeugenauflagen einwirken müsse, führte der Verteidiger Landgerichtsdirektor Liebner einen Beschluß des Gerichts herbei; das Gericht erklärte solche Erörterungen für unstatthaft. Es war also den Verteidigern nicht möglich, nachzuweisen, daß gerade die Beamten, die rückhaltlos die Wahrheit gesagt haben, beim Dienstsegen übergegangen sind.

Als letzter Verteidiger kam der konservativ-antisemitische Rechtsanwalt Ulrich zu Worte, der einen jugendlichen Angeklagten zu verteidigen hatte. Sein Plädoyer attackierte in scharfen Angriffen auf die Sozialdemokratie, die die Jugend verführte und in einer Kritik unserer heutigen Fortbildungsschulen, die den jungen Leuten keine Achtung vor der Obrigkeit einflößte, und sie nicht in religiösem Sinne erziehe.

Am Dienstag wird der Erste Staatsanwalt Steinbrecht auf die Reden der Verteidiger erwidern, voraussichtlich wird dann der Prozeß zu Ende sein.

Moabit vor dem Schwurgericht.

Am Montag nahm die Verhandlung vor dem Schwurgericht gegen 18 Angeklagte ihren Anfang. Der Verteidiger glaubt, daß er den Prozeß in drei Wochen zu Ende führen kann. Der Angeklagte Trau, ein Österreicher, kann weder schreiben noch schreiben. Er gibt zu, daß er Steine in der Tasche hatte, will aber diese Steine eingestellt haben, ohne sich etwas dabei zu denken. Außerdem behauptet er, während des ganzen Vorganges bewußt gewesen zu sein. Dass er sich den Beamten widersetzt habe, stellt er in Abrede. Die Angeklagten Janke und Borowski bestreiten, sich in dem Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben. Der Angeklagte Bruhn soll als Streikpolen einen Arbeitswilligen mit einem Stein geworfen haben. Er erklärt, daß ihm der Stein im Scherz in die Hand gedrückt worden sei, und er habe den Stein nur fortwerfen wollen, seine Weisheit aber die Absicht gehabt, damit jemand zu treffen. Auch der Angeklagte Schadofsky stellt in Abrede, mit Steinen nach einem Kohlenwagen geworfen zu haben. Ebenso vermauerte sich auch der Angeklagte Bonnet dagegen, daß er sich irgendwie schuldig gemacht habe. Dem Angeklagten Bischbich wird von der Anklage vorgeworfen, daß er die Menge aufzufordert habe, die Polizei zu schlagen. Er bestreitet dies und behauptet, daß er von der Polizei sofort gepackt, nach der Wache geschleppt und dort fürchterlich mishandelt worden sei.

Der Angeklagte Hofkau ist zufällig in die Menge geraten und gibt zu, einen Stein geworfen zu haben, ohne daß er damit aber ein bestimmtes Ziel im Auge gehabt hätte. Angeklagter Orlowski hat mit einem Stein geworfen und behauptet, daß er dies in der Erziehung über das Vorzeichen der Schule getan habe. Auch der Angeklagte Luskas gibt an, daß er lediglich aus Angst über das Vorgehen der Polizei und weil er selbst auch geschlagen worden war, mit einem Stein geworfen habe. Angeklagter Gislinski wurde durch einen Schädeltrichter in den Leib schwer verletzt. Er sollte verhaftet werden und soll dabei Widerstand geleistet haben. Letzteres stellte Angeklagter entchieden in Abrede. Angeklagter Kasimir Adamski bestreitet entschieden, überhaupt einen Stein in der Hand gehabt zu haben. Dieselbe Erklärung gibt für sich auch sein mitangeklagter Bruder Nepomuk Adamski ab.

Die weitere Verhandlung wurde auf Dienstag vertagt.

Arbeiter, meidet den Schnaps!

Mit jedem Gläschen, das ihr trinkt, verleiht ihr dem Staat und der herrschenden Gesellschaft Mittel zu eurer Schreckung und, was noch schlimmer ist,

ihr betrügt euch selbst.

Jeder Alkoholgenuss ist eine Steuerzahlung!

Statt ihre eigenen Organisationen zu fördern, unterstützen die Arbeiter durch ihren Alkoholverbrauch den Staat, der sie unterdrückt und der Kapitalistenklasse dient. Sie führen einen Kampf gegen den Militarismus und den Materialismus und ernähren ihn doch selbst durch ihren Alkoholgenuss. Niemand zwinge sie dazu, sein Gebot und keine Not, aber sie tun es dennoch, schwieben ihre eigenen Fesseln binden sich den Geist und binden sich die Hände. Riefen sich ihren Klassengegnern aus durch den Alkoholgenuss!

Datum, nicht nur im Interesse des leiblichen Wohles des einzelnen, sondern vor allem im Interesse der kämpfenden Klasse, fordern wir Einschränkung des Alkoholgenusses. Das ist der Sinn der auf dem Parteitag gefassten Resolution.

Aus dem Gerichtssaal.

Au einem der "züglichsten Elemente" einem Streikfall in Südländer, hat das Landgericht München I ein Beispiel statuiert. Im Mai 1910 flohen die Arbeiter der chemischen Fabrik von Dr. Ostermaier in München. Der ehemalige Kaufmann Georg Augustin, der erst am 23. April in Augsburg nach Verbürgung einer Gefängnisstrafe wegen Betriebsverbot aus der Haft entlassen wurde, ließ sich als Arbeitswilliger anwerben. Er wurde einige Tage nach seinem Eintritt bei Dr. Ostermaier von dem Streikpolen wegen seines Verhaltens zur Rede gestellt. Sie boten ihm Unterstützung an, wenn er die Arbeit niedergelegt und sich anderweitig Verdienst machen würde. Der Streikbrecher war sofort damit einverstanden und verließ nach Frankfurt reisen zu wollen. Augustin, der wohl glaubte, daß ihm sofort ein höherer Betrag ausbezahlt werde, hatte sich hierin bitter getäuscht. Die Streikleitung gab ihm nur 4,80 M. auf die Hand und sandte einen streitenden Kollegen mit zur Bahn, der dem Arbeitswilligen eine Fahrkarte nach Frankfurt löste. Der Arbeitswillige bezog den Zug, fuhr aber nur bis zum nächsten Dorf, wo er wieder zurück und wieder gegen München dampfte. Im Betriebsbüro des Hauptbahnhofs fand er sich dann den Betrag von 5,50 M. für

die nicht ausgenutzte Strecke zurückzuzahlen, unterzeichnete die Quittung mit falschem Namen und nahm dann seine streitbare Tätigkeit in der Ostermaier'schen Fabrik wieder auf. Das Gericht verurteilte den Streikbrecher wegen Betrugses zu drei Monaten und wegen Urkundenfälschung zu einer Woche Gefängnis.

Aus Nah und Fern.

Bei der Sprengung eines alten Mauerwerkes in der Alten Jakobstraße in Berlin durch Gardesoldaten wurden bei einem Sprengschuß 70 Fensterscheiben eingedrückt. Ein Arbeiter wurde durch einen Steinplatten getroffen und erlitt einen Unterarmbruch. Mehrere Arbeiter wurden vor Schreck ohnmächtig. Die Wirkungsursache des Sprengschusses ist noch nicht festgestellt.

Che-Traqödie. Wie aus Nachen berichtet wird, begab sich am Sonnabend der Landwirt Schönbeck von Sandberg nach vorausgegangenem Streit mit seiner Frau in den nahegelegenen Wald, um seinem Leben ein Ende zu machen. Seine Frau folgte ihm und wollte ihm das Gewehr entziehen. Dabei wurde sie durch einen Schuß schwer verletzt, sodass sie bald danach starb. Der Mann brachte seine Frau nach Hause und hängte sich dann im Walde.

Bergmannslos. Nach einer Meldung aus Duisburg ist auf der Gewerkschaft "Deutscher Kaiser" ein 12 Meter hohes Gerüst eingestürzt. Elf Arbeiter verunglückten, drei von ihnen wurden lebensgefährlich verletzt.

Ein Heiratswindel. Der 29jährige Student der Chemie Tschierhoff ist in Berlin wegen Heiratswindel verhaftet worden. Er hat einer Schön 600 M. abgeschwindet. Außerdem hat er eine Berliner Familie, deren Tochter er zu heiraten vorgab, veranlaßt, Wechsel zu unterschreiben mit dem Hinweis, daß er das Geld brauche, um seinen Doktor zu machen.

Reichsländischer Germanisierungsteuer. Am Mehl hatte die Sportvereinigung "Lorraine sportive" für Sonntag ein Konzert veranstaltet, das aber von der Polizei wegen einer Programmmusik nicht genehmigt wurde. Als der Wirt darauf die Hergabe des Konzertlokals verweigerte, sollen die Vereinsteilnehmer die Aufführung durch "Sitzung" des Saales erzwungen haben. Die Polizei räumte das Lokal, worauf sich auf der Straße ein Demonstrationszug von etwa 1000 Teilnehmern bildete. Am Marschall-Menz-Denkmal wurde eine Rede gehalten, ferner wurde die Marschleise gesungen und außerdem hörte man auch Hochrufe auf Frankreich. Die Schuhmannschaft wollte die Demonstranten "zerstreuen", die angeblich eine drohende Haltung annahmen, daß die Hauptwache alarmiert werden müsste. Sie rückte mit aufgepflanztem Seitenwappenschild aus, die Polizei zog Blank und blieb auf die Menge ein. Acht Personen wurden verletzt, von den Verhaftungen wurden aber nur zwei aufrecht erhalten.

Wie das Zentrum die Wähler bewertet. Die aus dem Zentrum bestehende Mehrheit des Gemeindetags in Aachenburg hat eine außerordentlich charakteristische Entscheidung gefällt. Bei der letzten Gemeindewahl wurde, infolge des Proporz, auch ein Vertreter der Sozialdemokratie ins Gemeindetagskollegium gewählt. Die Genossen scheinen aber bei der Auswahl ihres Kandidaten nicht besonders vorsichtig gewesen zu sein, denn Scheideler, so heißt der Mann, war bald mit den Genossen zerfallen und erklärte schließlich seinen Austritt aus der Partei. Selbstverständlich meldete er gleichzeitig auch, wie sich das für einen außständigen Politiker gehört, seinen Austritt aus dem Gemeindetagskollegium an. Die Zentrumsmehrheit des Kollegiums aber hat dieses Gesetz abgelehnt — denn, das Macht gehörte nicht der Partei, sondern der Person". Offener kann vom Zentrum die Missachtung der Wähler wohl kaum ausgesprochen werden. Damit ist klar und klar zum Ausdruck gebracht, daß mit Übernahme eines Mandats der Zentrumsmann frei ist von der Partei, die ihn aufgestellt hat und auch von den Verpflichtungen, die er vor der Wahl seinen Wählern gemacht hat. Es ist ganz gut, daß das einmal so offen zum Ausdruck gekommen ist.

Schweres Unglück. In dem ländlichen Ort Blaue bei Flöha ereignete sich ein schwerer Unfallsfall. Ein von der dortigen Rodelbahn herablaufender Rodelschlitten geriet mit zwei Insassen auf ein Eisenbahngleis, als ein Zug heranfuhr. Die Lokomotive überfuhr den Schlitten. Beide Rodeler wurden schwer verletzt.

Mord. In Haubourdin (Arrondissement Lille) töte ein auf Urlaub befindlicher Soldat seine Geliebte durch 40 Bajonettsstiche und flüchtete.

Die Cholera. Aus Sofia wird gemeldet: Ein Cholerapatient in Tatarnazdaré unter verdächtigen Umständen gestorben. Die bacteriologische Untersuchung stellte cholerae asiatica fest.

Griechische Banden in Mazedonien. Die türkische Grenzmauer in der Gegend von Papavuli wurde in der Nacht zum Montag von einer griechischen Bande angegriffen. Ein Soldat wurde erschossen. Die Wache erwiderte das Feuer und tötete 3 Griechen. Die übrigen flüchteten. Eine griechische Bande drang in Petrich in das Haus eines Balachen und ermordete ihn und seine zwei Söhne. Bei der Verfolgung fielen 2 Soldaten, 4 Griechen wurden erschossen, einer verwundet gefangen genommen. Eine griechische Bande überfiel ein Gehöft am Fuße des Olymps und ermordete den Eigentümer und schlachtete 25 Stück Vieh.

Ein großer Brand zerstörte nachts in Sant'Agata do Chiado einen Teil der Bahnhofsanlagen. Sämtliche Schuppen und Speisewagen und der Salonwagen des Präsidenten verbrannten. Nach dem Motto: "Verbrunde führt es gleich schon etwas hängen", behauptet ein Telegraphenbeamter ganz frech: "Das Feuer wurde vermutlich durch einen Brandstifter angelegt." Diese Behauptung, für die auch nicht der Schatten eines Beweises vorliegt, ist ebenso dummkopfisch wie gemein! — Bei dem Brand ist ein Mann ums Leben gekommen.

Literarisches.

Geschichte der Revolutionen. Von Dr. A. Gonodoff, 50 Hefte à 20 Pfg. Wöchentlich ein reich illustriertes Heft. Verlag Buchhandlung Norma, Berlin SW. 68. Die Hefte 5—7 sind erschienen. Abonnements — die jederzeit begeht werden können — nimmt jeder Zeitungsspediteur und Postbote zu. Sie liefern auch auf Wunsch ein Probeheft gratis.

Kommunale Praxis. Die erste Nummer des neu beginnenden Jahrgangs ist soeben erschienen. Der Inhalt ist für alle Interessenten der Gemeindepolitik von großer Wichtigkeit und sollte die Lektüre dieser Zeitschrift niemand versäumen, der sich mit der Kommunalpolitik zu beschäftigen hat.

Berantwortlicher Redakteur: Johannas Stelling. **Verleger:** Th. Schwartz. **Druck:** Friedr. Meyer u. Sohn. **Günstig in 50 H.**

anwalts Fehling enthalten, der anscheinend den Beweis dafür erbringen wollte, daß er zu einem der ersten Posten im Reichsverband gegen die Sozialdemokratie bestrebt ist. Dieser Nachweis ist ihm unserer Ansicht nach durchaus gesäumt.

Von sozialdemokratischer Seite wies zunächst Genosse Dr. Schömann in eingehender und geschwisterlicher Weise nach, daß der vorgeschlagene Kompromiß ebenso wie die Senatsvorlage ungerecht und volksfeindlich ist. Die Aufforderungen, welche Lübeck für seinen Ausbau gemacht hat, sind allen bestehenden Kreisen zugute gekommen und deshalb müßten auch die Lasten auf alle tragfähig sein. Schülern gelegt werden. Durch die Gewerbesteuer werden gerade die werktätigen Volkschichten Lübecks direkt und indirekt schwer getroffen. Dagegen wenden wir uns aus Entschiedenheit. Die Bedürfnisse des Staates könnten durch eine progressive Erhöhung der Einkommensteuer und durch eine Vermögenssteuer gedeckt werden. Den gleichen Standpunkt vertrat Genosse Stelling, der auch dem Herrn Fehling auf seine Anzüpfungen wirkungsvoll diente.

Als entschiedener Gegner der Gewerbesteuer bekannten sich noch die Herren Schiemann, Dr. Wittern, A. Wape und Rosenquist, deren Darlegungen wir in vielen Punkten unterstützen können. Um 11½ Uhr war die Generaldebatte erschöpft. Heute abend 6 Uhr wird sie wiederholt; steht noch dahin:

Aus Lübeck und Nachgebieten.

Dienstag, den 10. Januar.

Die Sperrverhängung wurde wegen Lohndifferenzen über die Lübecker Granitindustrie in Firma Emil Weltner (früher Löbeck und Bassarge) Bzg. von Steinmeier und Schleiferin streng fernzuhalten.

Kinderstrafe. Alle Fälle von Kindermißhandlung, Verhöhnung, übermäßiger Ausbeutung melde man den Mitgliedern der Kinderstraf-Kommission:

Frau Soll, Steinrader Weg 92c.
Fackstadt, Warendorffstr. 1.
Kleinfeldt, Glandorffstr. 8.
Gericke, Karpfenstr. 18 II.
Henze, Warendorffstr. 66 II.
Hubbert, Loigntstr. 18, Hinterhaus.
Bahr, Margaretenstr. 12.
Mehlis, Dankwartsgrube 68 III.
Burmeister, Böttcherstr. 12.
Engel, Elsigstr. 24 a.

sowie im Arbeitersekretariat und bei Frik Mehllein, Steinrader Weg 57 und Heinrich Radde, Meierstr. 40.

Am Staatssteuer und Abgaben gingen im Monat Dezember 1910 beim hiesigen Steuerbüro ein: Einkommensteuer 54.527,82 Mk., Wertzuwachssteuer 14.049—Mk., Grundsteuer 7837,44 Mk., Eisenbahnsteuer —Mk., Gewerbesteuer einschl. Erdbeobachtungsabgabe und Zuschläge zur Reichsabgabensteuer 7604,72 Mk., Veräußerungsabgabe 19.826,62 Mark, Stempelabgaben 11.631,60 Mk., Schiffssabgaben 44.906,72 Mark, zusammen 159.788,92 Mk., gegen 143.691,18 Mk. im gleichen Monat des Vorjahrs, mitin 16.092,79 Mk. mehr. Vom 1. April bis Ende Dezember 1910 gingen insgesamt 3.974.161,03 Mk. ein, gegen 3.815.485,34 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahrs, mitin 1910 mehr 858.725,86 Mk.

Händelsregister. Am 9. Januar 1911 ist eingetragen bei der Firma Wilhelm G. Schröder in Lübeck: Die Einzelprüfung des G. H. Preuss ist erloschen. Dem G. H. Preuss und G. H. G. H. Schmidt ist Gesamtprüfung erteilt.

pb. Ein geriebener Dieb. Am 7. ds. Mts., gegen 6 Uhr abends, erschien bei einem Schneidermeister in der Hörstraße 77 ein etwa 1,70 m großer, dunkelblonder Mann, mit tödlichem Schnurrbart, blauem, zweiteiligen Jackettanzug, dunklem steifen Hut und hellbrauem Spazierstock mit weißer Metallkrücke. Er stellte sich als ein in der Nakelburger Allee wohnhafter Bahnassistent Hartung vor und ließ sich einen Anzug anmessen. Dann verlangte er, weil er stark erkältet sei, ein Glas heißes Wasser, und schließlich Wasser zum Händewaschen. Als der vermutliche Schwindler sich einen Augenblick allein sah, verließ er ungeschoren das Haus. Nach dem Fortgang des Mannes vermietete der Schneider seinen eigenen, fast neuen Winterpaket mit schwarzbraunem gestreiftem Futter und 2 Reihen Hornknöpfen. Der Überzieher hat neuen Sammetkragen und in der linken Innenseite eine sogenannte Aktentasche. Zweifellos dürfte sich der angebliche Bahnassistent dem Überzieher, der auf dem Platz stand, angemessen haben.

pb. Palzmord. In einem Pensionat in der Königstraße ist am 9. d. M. zwischen 1 und 1½ Uhr ein dunkelgrauer Herrenüberzieher mit Sammetkragen gestohlen worden. Als später kommt ein etwa 28 Jahre alter, etwa 1,60 Meter großer Mann in Frage, der zum ersten Male in dem Pensionat zu Mittag gegessen hat. Der Unbekannte trägt dunkelblonden, ziemlich langen Haar, dunkelblonden Schnurrbart; er hat blaue Gesichtsfarbe und pickelige rote unsaubere Teint, unterliegt Statur, schlechte Haltung, und war bekleidet mit blauem Jackettanzug, schwarzen Sammetstiefeln mit breiter verzierten Kappe und grüner Krawatte mit Spangen. Es dürfte nicht ausgeschlossen sein, daß es mit dem Mann, der am Sonnabend abend in der Hörstraße einen Überzieher gestohlen hat, identisch ist.

pb. Ein schlechter Einlogierer. Festgenommen wurde ein auswärtiger Photographengehilfe, der sich des fortgesetzten Diebstahls zum Nachteil seiner Logistätte schuldig gemacht hat.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Mittwoch findet bei ermächtigtem Mittwochs-Breisken eine Wiederholung des „Bunte Abend“ statt. Derselbe besteht wieder aus den Gesangsvorträgen der Opern-Mitglieder, Recitationen (überbreitl.-Vorträgen) der Schauspiel-Mitglieder und Ballett-Einfällen. Ferner kommen die beiden lustigen Stücke „Der Helloß-Erfolg“ und

„Der Klavierlehrer“ zur Aufführung. Am Donnerstag kommt Shakespeares Schauspiel „Der Kaufmann von Venetia“, welches mit so großem Beifall aufgenommen wurde, zur Wiederholung. Für Freitag befindet sich Vorzugs-Oper „Lundine“ in Vorbereitung. Am Sonntag, dem 15. Januar sc. findet bei gewöhnlichen Opernpreisen ein Gastspiel von Benarini vom Stadttheater in Hamburg als Durru in „Cavalleria rusticana“ und als Canio in „Der Bojar“ statt, in welchen beiden Partien der Künstler hier einen geradezu sensationellen Erfolg zu verzeichnen hatte.

Stadttheater. Man schreibt uns: Am Montag, dem 16. Januar, beginnt die „Paristonne“ unter der Direktion

von Adolf Walter Paris, in Hamburg ein auf neun Tage berechnetes Gastspiel im Stadttheater. Das Ensemble, welches aus Hamburg ein glänzender künstlerischer Aufwand wird während seines hiesigen Gastspiels eine Anzahl Sketchen, teils ernst, teils heiteren und pikanten Inhalts, zur Darstellung bringen. Die Preise für dieses Gastspiel sind nicht erhöht. Durchdringungen sind jedoch ungültig.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
- 2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
- 3) Militär-Papier.
- 4) Anmeldebefehl. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist.)

Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbständigen Handwerkern):

- 5) Gewerbe-Anmeldungsschein.
- 6) Innungsmittelabzeichen.

W. der Antragsteller verheiratet, so sind: außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:

- 7) Heiratsurkunde oder statt deren: Traufchein und Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.
- 8) Geburtschein der Chefin.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamt die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältliches Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche Angehörige des lübeckischen Staates werden, der mindestens in fünf einander folgenden Jahren einen Wohnsitz in Lübeck gehabt und alljährlich mindestens soviel an Steuer bezahlt hat, als der niedrigste Satz für ein steuerpflichtiges Einkommen beträgt.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktagen in der Zeit von 9—1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen verschiedener Register wird eine Gebühr berechnet.

Vom Steuerbüro ist eine Bescheinigung darüber beizubringen, daß für fünf Jahre Steuern bezahlt worden sind.

Wer bei der Beschaffung seiner Papiere oder in anderen Fragen irgendwelche Hilfe oder Auskunft wünscht, der wende sich an das Arbeitersekretariat, Johannisstraße 48, wo ihm solche kostenlos zuteilt wird.

Altona. Ein Unteroffizier als Lustmörder? Im November 1906 wurde das 17 Jahre alte Dienstmädchen Dora Bürgermeister bei Groß-Bloßberg auf einem Feldweg der nach Bahrenfeld führt, mit durchschnittenem Klebe ermordet aufgefunden. Alle Nachforschungen blieben damals ohne Erfolg. Nur das Gericht wurde damals lahm, daß ein Soldat der Mörder sei. Ancheinend wird diese Vermutung jetzt gerechtfertigt durch einen Fund, den Arbeiter beim Graben an dem fraglichen einsamen Wege machten: Man fand nämlich eine Löffel, eine Militärhose und eine Milztarnmütze. In dieser zeigten sich noch die Spuren von Namen eines Soldaten, der seinerzeit bei der Bahrenfelder Artillerie als Unteroffizier diente und jetzt noch als solcher in Berlin dienen soll. Schon seinerzeit haben Polizeihunde die Spur des Täters nach der Kaserne verfolgt, doch war damals nichts festzustellen. Angeblich soll der Soldat am Sonnabend in Berlin verhaftet worden sein.

Ickhoe. Eine Schiedsgerichtsverhandlung im Baugewerbe in Ickhoe verlief ergebnislos. Über Zuschläge für Überstunden, Regelung der Überlandarbeit etc. wurde eine Verständigung erzielt, nicht aber über die Festlegung der neunstündigen Arbeitszeit. Das Schiedsgericht versuchte zunächst eine Einigung der Parteien herbeizuführen. Das gelang in diesem Punkte nicht. Die Unternehmer wollten ein im Jahre 1909 unter Vorstieg des Landrates gegebenes Versprechen, im Jahre 1909 die neunstündige Arbeitszeit einzuführen, nicht erfüllen. Trotzdem genanntes Verbrechen, unabeweisbar gegeben ist, stellten sich die Schiedsrichter der Unternehmer auf den Standpunkt, daß die neunstündige Arbeitszeit nicht einzuführen sei. Bei der Abstimmung ergab sich Stimmenungleichheit. Weiter stimmte das Schiedsgericht noch darüber ab, ob unter den gegebenen Umständen die Unternehmer in Ickhoe verpflichtet seien, die bewilligten Zuschläge für besondere Arbeiten zu zahlen. Auch diese Abstimmung ergab Stimmenungleichheit. Dieses Schiedsgericht war somit nicht von dem lokalen Geiste beseelt wie das Potsdamer, von dessen Entscheidung wir kürlich berichteten. Es ergibt sich daraus, daß im Baugewerbe in nächster Zeit noch manche Schwierigkeiten wegen der Arbeitsfestsetzungen zu überwinden sein werden.

Ickhoe. Ein schwerer Unfall ereignete sich am Sonntag abend in Bedford. Dem Fuhrmann H. Timm aus Süde, welcher seine in Krummendorf wohnenden Eltern mit einem Fuhrwerk nach Hause fahren wollte, schien das Pferd beim Bahnhofsgang in Bedford, Werd und Wagen stürzen in einen tiefen, mit Wasser gefüllten Graben. Während sich der junge Mann und ein noch jüngerer Begleiter mit genauer Not retten konnten, blieb das Geschäft im unter dem Wagen liegen. Auf das Hilfeschrei der Verunglückten eilten die Einwohner Schütt und der Hofsiebziger Dübborn mit zwei Pferden zu Hilfe, konnten aber den Wagen mit dem Pferde die stile Befüllung nicht herausbekommen, mußten deshalb auf das andere Ufer und auch dort erst drei Erlenbäume abhängen, ehe man an die Unglücksstätte gelangte. Als man dann den Wagen und das Pferd, das unterlegt war, heraus hatte, wurden die beiden alten Leute herau gebracht. Über sie waren ertrunken — ein sehr trauriger Anblick für alle.

Geeckemünde. Eine jugendliche Kindesmordrin. Vor den Strafkammer hatte sich am Sonntag eine sehr jugendliche Kindesmordrin, das 16-jährige Dienstmädchen Brädt aus Geeckemünde, zu verantworten. Sie gab in der Nacht zum 30. Oktober einen Kinde das Leben, das sie nach der Geburt erwürgt und dann in einen Koffer packte und ihrem Bräutigam nach Nürnberg schickte. Nur dem Umstände, daß der ebenfalls noch jugendliche Bräutigam wegen einer anderen Strafe sich in Untersuchungshaft befindet, ist es zu verdanken, daß der Koffer in die Hände der Polizei fiel. Das Gericht verurteilte das Mädchen in Abetracht ihres jugendlichen Alters zu einer Gefängnisstrafe von zehn Monaten unter Abrechnung von sechs Wochen Untersuchungshaft.

Bremen. Folgeschwerverhöre einsturz. In der Hemmstraße stürzte gestern Nachmittag ein im Rohbau fertiggestelltes weißes Wohnhaus in sich zusammen und begrub die Bauarbeiter unter sich. Einige der Verstümmelten wurde als Toten geborgen. Zwei Arbeiter wurden schwer, einer leicht verletzt.

Bremershaven. Eine Schafsmachergründung. Durch eine gelbe Vereinigung Berghüttierung in die Reihen der Arbeiter zu tragen, ist fest auch der Arbeitgeber verband für das Baugewerbe an der Unterwerbung bemüht. Die „Norddeutsche Volksstimme“ ist in der Lage, ein Schreiben des genannten Verbandes an seine Mitglieder zu veröffentlichen, in dem die Arbeitgeber aufgefordert werden, solche Arbeitnehmer, die „in nationalem Belehrung durchaus zuverlässig“ sind, zum Betritt in den am 14. Dezember gegründeten „Verein ständiger Arbeitnehmer im Baugewerbe“ zu veranlassen. — Wir wünschen den Herrschäften Glück zu dem Unternehmen!

Standesamtliche Nachrichten

vom 1. bis 7. Januar 1911.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

27. Dezember 1910. Krämer O. H. H. Greve. 28. Arbeiter C. C. A. Denzin. 29. Versicherungs-Inspektor C. C. Böttisen. 30. Arbeiter J. F. H. L. Böse. Händler R. L. M. Schröder. 31. Zigarettenarbeiter H. C. A. G. Specht. Breuner F. W. Reiner. Wirt F. H. W. Huber. Böttcher F. C. Eles.

1. Januar 1911. Arbeiter J. B. H. Kelling. Maurer C. G. H. Möbius. 3. Arbeiter F. F. H. Köster. 4. Maurer A. C. H. Höner. Träger F. H. L. Dettmann. Hodler A. F. H. W. Voigt. 5. Arbeiter G. H. Bilek.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

27. Dezember 1910. Arbeiter J. B. W. Buschau. 29. Arbeiter F. F. F. Dunkelmann. 30. Buchdrucker B. Schulzinski. Arbeiter A. A. Dehmke. 31. Arbeiter H. W. Weiss (Bormer). Schuhmann W. F. M. Blüting. Klempner R. F. J. Colberg. Schlosser A. F. Chr. Bahr. 2. Januar 1911. Zigarettenfabrikant C. A. R. K. Kiese. 4. former A. H. W. Blamek. Schneider F. A. H. Matze. 5. Schuhmann H. C. A. L. Peters. 6. Arbeiter G. F. W. Bödjeson. Zimmermann O. H. M. Chr. Leesch.

Augenordnete Aufgebote.

Januar: 2. Arbeiter F. Myska in Abbau Groß-Gehlen und F. St. Siegmund in Altmus. Oberarzt E. Bilk und F. Theophile in Roester Alte. Arbeiter F. Pleimig in Elbstedt und A. Thomalla in Sophienberg. Zimmermann H. O. F. C. Köhn und A. B. Ph. Philipp. Schlosser W. F. C. Heidmann und C. M. D. M. Reimer. 3. Maschinist A. A. Austräger in Genthin und P. S. F. Friske in Altenplathow. Maschinenfacharbeiter G. G. W. Broder und E. D. G. C. W. Bielsfeldt. Matrose F. B. J. Borgert und G. S. C. Chr. Danielsson. Friseur G. O. W. Geiss und M. E. S. Kiecken. Kaufmann A. H. J. H. Ahrens und H. C. H. Hecht in Jena. 4. Arbeiter F. F. H. Heins und L. C. M. Groth in Törpt. Knieper C. G. Koch in Flensburg und F. Chr. M. Beuthien. Kaufmann W. G. R. Wilke und F. M. H. B. Weitendorf in Wismar. Privatmann H. F. Holztorf und A. D. C. Schäfer. 5. Werk-Kupferschmid F. R. F. Fuhrmann in Kiel und M. D. Prehn in Gutin. Schriftsteller H. L. G. Süller und M. F. W. Hormann. Kaufmann M. W. F. Schöß und Marie H. Hoske beide in Kiel. 7. Malergeselle H. Vogel und G. S. W. Altpeter, beide in Hamburg. Arbeiter F. F. H. Bierig und F. R. M. D. Schwarz.

Eigentümlichkeiten.

Januar: 2. Regierungs- und Kaufrat F. C. Schreiber und B. M. Stockhausen beide in Altona. Siegler F. C. A. Deler und M. Harten. 3. Restaurateur C. A. H. Mau und M. C. C. Dederick in Lübeck-Hagen. Architekt R. B. H. Siebenhaar in Eisenach und G. A. M. Niemann. Friseur F. W. Lams und M. F. A. Lude. 6. Arbeiter C. F. F. Witzhofer und F. M. D. Beguhl. 7. Maler O. H. W. Blöder und A. W. Chr. Guttau in Kassel. Maschinist F. C. Schelhase und S. A. D. Gatermann. Straßenbahnschaffner W. F. H. F. Barkentin und A. W. M. Henning. Arbeiter H. A. Chr. Böck und M. A. Knuth.

Sterbefälle.

31. Dezember 1910: J. A. M. geb. Persson. Chirurg des Arbeiters G. Ehlers, 27 J. (Glindé bei Oldesloe). 32. F. H. Lindenberger, 1. F. 1. Januar 1911: M. M. Ch. geb. Dücker. Witwe des Arbeiters H. C. W. Godtrecht, 74 J. 3. B. W. geb. Drögenmüller. Witwe des Reichshausbeamten F. J. F. Schröder, 73 J. 4. früherer Fuhrmann H. J. Schadling, 29 J. E. F. B. Witzmann, 5 J. 5. B. S. Sorgenfrei, 2. J. Vorwerk. 6. C. O. Jürgens, 5 M. Arbeiter H. C. Soltau. 66 J. (Krempelsdorf). Ein todesf. Knabe, B. Friseur H. A. Dähni. 3. Kaufmann F. C. H. Bandholz, 65 J. W. C. geb. Glaser. Witwe des Gastwirts C. H. Rosengrund, 76 J. Eisenbahn-Stationsvorsteher C. O. F. H. D. G. Blödin, 67 J. Privatmann F. C. J. Gley, 48 J. B. F. H. geb. Müller. Witwe des Rentiers B. J. F. Wendt, 97 J. 4. E. Th. Geyrda, 2 M. G. Gähler, 15 L. H. B. G. Gießenberg, 11 M. Strehni. Privatmann S. Knopf, 76 J. A. H. F. G. C. W. Wilmersen, 6 M. (Borwer). 5. M. Ch. H. Möde, 1. J. 6. G. Güterbahndarstellergesellschafts-Förster Chr. H. Chr. Thomsen, 60 J. M. Ch. J. geb. Carlens. Witwe des Schulvorsteigers F. H. G. Hagen, 74 J. Zimmermann F. C. A. H. Iland, 41 J. 6. D. geb. Klinge. Witwe des Landsgendarmerievorsteifers H. Müller, 84 J. Arbeiter F. F. W. Damme, 70 J. M. M. C. geb. Ahrens. Witwe des Fuhrwerksbesitzers J. C. H. F. D. geb. Bentin, 80 J. Arbeiter F. H. F. Moeller, 66 J. 7. M. O. geb. Schulz. Witwe des Musikers F. H. A. Dettin, 77 J. P. F. J. Klostmann, 1. M. Schmid, F. C. A. Kluge, 42 J.

Briefkasten.

W. G. Braak. Nach unserer Meinung war der Bauer verpf

